

Die Idee des Grundeinkommens

Anstoß zu einer Revolution der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung

Christoph Strawe

Seit letztem Jahr hat das Engagement für ein bedingungsloses Grundeinkommen als Alternative zum Sozialabbau in erfreulichem Maße zugenommen. Persönlichkeiten wie dem Unternehmer Götz Werner ist es gelungen, für diese Idee auch in den Medien ein unüberhörbares Echo hervorzurufen.

Die Idee des Grundeinkommens stellt einen Paradigmenwechsel dar, der sich auf alle Elemente der bisherigen Sozialsysteme und ihrer Finanzierung auswirken wird. So ist die Idee Anstoß zu einer Revolution der sozialen Sicherungssysteme insgesamt. Neue Wege in der Alterssicherung, im Gesundheitswesen, im Umgang mit der sogenannten Arbeitslosigkeit werden möglich. Je weiter sich die Grundeinkommensidee als solche verbreitet, um so mehr muss dieser Gesichtspunkt auch bei ihrer weiteren Ausarbeitung und Entwicklung eine Rolle spielen.

Eine Möglichkeit zur Arbeit an solchen Fragen stellte ein Seminar dar, das vom 30. Juni bis 2. Juli im Anthroposophischen Zentrum Kassel stattfand, im Rahmen der Fortbildungsseminare „Individualität und soziale Verantwortung“.

Die Referenten waren Udo Herrmannstorfer, Prof. Harald Spehl, Michael Ross und Christoph Strawe. Der letztere ist zugleich Autor dieses Artikels, in dem der Versuch einer Zusammenfassung wichtiger Gesichtspunkte aus der Arbeit des Seminars gemacht wird, ohne Anspruch auf vollständige und gleichgewichtige Wiedergabe aller Vorträge und Gespräche.

Das Recht auf Entwicklung: Sozialversicherung und Grundeinkommen - zwei Wege, ein Ziel?*

Vom „Recht auf Entwicklung“ lässt sich nur da sinnvoll sprechen, wo der Einzelne Subjekt seiner Entwicklung wird bzw. werden will: In der Moderne erst wird dieses Recht auf individuelle Entfaltung zum Thema. Ohne Verständnis der Bewusstseinsituation der Moderne lassen sich auch die sozialen Fragen nicht verstehen, mit denen wir es zu tun haben.

In der Moderne löst sich der einzelne Mensch aus der Ganzheit der Welt, auch der sozialen Welt, immer mehr heraus, stellt sich der Welt selbstbewusst gegenüber. Aus dieser Distanz des Gegenüber entsteht unser modernes Weltbild. In ihm erscheint der Kosmos zunächst als ein riesiger Ursache-Wirkungs-Zusammenhang, in dem ewige Wiederkehr des Gleichen herrscht und dessen Richtung eher vom blindem Zufall als von sinnvoller Entwicklung gelenkt ist. Das Bewusstsein ist an die materielle Oberfläche der Erscheinungen wie festgebannt.

In früheren Menschheitsverhältnissen wuchs der Einzelne in vorgegebene Rollen hinein - ganz extrem im Kastenwesen. Erst mit dem modernen Mündigkeitsimpuls entsteht eine Rechtsphäre, deren Subjekte die einzelnen Menschen sind. Die Ordnung der Beziehungen zwischen ihnen ist nun nicht mehr vorgegeben, sondern wird zur Gestaltungsaufgabe. Umfasste und regelte in den alten Kulturen das „Geistesleben“ alle gesellschaftlichen Fragen, so entwickelt sich jetzt ein selbständiges Rechtsleben, mehr und mehr aber auch ein selbständiges Wirtschaftsleben. Dieses ist geprägt durch Organisation, Energie, Maschinerisierung und Automatisierung, und seine Prinzipien greifen inzwischen auch auf die nicht-ökonomischen Bereiche der Gesellschaft über. Wir sind dabei erst am Anfang dieser Entwicklung. Schon gibt es den Prototyp einer „Pflegetasche“, bald könnte die EDV mit den Nervenzellen verwoben werden - und ähnlich revolutionär wird die Nanotechnik wirken.

Die Gewinnung von Rohstoffen und Energie im großen Maßstab macht die moderne Massenproduktion möglich, die wiederum den Drang zur Erschließung immer neuer Absatzmärkte erzeugt. Die moderne Ökonomie sprengt die engen Grenzen der regionalen Selbstversorgung, sie wird global. Wie aber wird diese Globalisierung beherrschbar und gestaltbar, wie entsteht unter den neuen Bedingungen ein soziales Ganzes? Diese Frage haben wir bis heute nicht wirklich beantwortet, - daher die vielen Schattenseiten der heutigen Form der Globalisierung.

Das moderne Wirtschaftsleben trennt Bedürfnisstrom und Leistungsstrom, die früher in kleinräumigen Verhältnissen zusammengehalten waren. Die Produkte gehen in die Welt, das Einkommen kommt aus der Welt. Wie bringt man unter solchen Bedingungen die beiden Ströme in der richtigen Weise wieder zusammen? Wie bewältigt man die Herauslösung der Menschen

* Zu diesem Thema referierte Udo Herrmannstorfer.

aus traditionellen sozialen Bindungen, die doch auch eine Sicherheit gewährten, die nun verloren geht? Die Landflucht in der Zeit der Industrialisierung, die Konzentration der der Arbeit nachziehenden Menschen in den großen Städten, die heute in der Entwicklung der Megastädte der Länder des Südens ihre Fortsetzung findet, hat ihre Ursache gewiss auch im Streben nach der Emanzipation aus der Enge der alten Verhältnisse, führt aber zugleich zu einem Verlust „sozialer Hüllen“.

Die moderne Wirtschaft ist durch die Arbeitsteilung geprägt und damit „Fremdversorgungswirtschaft“, beruht also eigentlich darauf, dass die Menschen lernen, nach dem Anderen und nicht nach dem eigenen Ego zu fragen; - und das zur gleichen Zeit, in der sie ihre geistige Selbstständigkeit und Freiheit entwickeln und entwickeln müssen! Es geht darum, dass die Freiheitsentwicklung nicht im Egoismus und Materialismus stecken bleibt, sondern „Freiheit wozu“ entsteht: Freiheit als Verantwortungsprinzip, Freiheit, die die Nöte und Probleme des Anderen zum Motiv des eigenen Handelns macht.

Die Auffassung, dass der wirtschaftende Mensch nur aus Eigennutz tätig werde, ist damit natürlich unvereinbar. Gerade diese Auffassung wird aber bis heute von zahlreichen Ökonomen vertreten und ist praktisch äußerst folgenreich geworden. Sie hat unter anderem dazu geführt, dass die Unternehmen als Orte, an denen geleistet wird und Einkommen entstehen, an denen sich Leistungsstrom und Bedürfnisstrom begegnen, ausschließliches und veräußerliches Eigentum der Kapitalgeber geworden sind.

Unternehmen generieren Einnahmen aus ihre Leistungen, sie haben Ausgaben - für Vorleistungen anderer Unternehmen und anderes mehr. Die Erträge, die sie erwirtschaften, sind die Wertschöpfung, die unter anderem unter die Mitarbeitenden als Einkommen aufzuteilen wäre. Dadurch, dass das Kapital sie gewissermaßen mit einer nach außen abschließenden Haut umgibt, die Erträge ausschließlich dem Kapital zugerechnet werden, kommt es aber nicht zur Teilung. Die Löhne erscheinen als Kosten, als Abzüge vom Ertrag. Die Frage, wie sich Leistungs- und Bedürfnisstrom sozial begegnen können, kommt damit gar nicht zum Bewusstsein. Der Lohn wird aus einem Ertragsteil, der dem Mitarbeiter ermöglicht, für andere tätig zu sein, zum eigentlichen Motiv des Tätigwerdens: Arbeitsbezahlung statt Ertragsteilung. Damit verliert der Mensch sein soziales Motiv, wird im Egoismus wie festgebannt. Andererseits sind die Unternehmensverantwortlichen als Kostenverantwortliche gehalten, den Kostenfaktor Arbeit zu senken. Werden Mitarbeiter entlassen, sinken zwar die betriebswirtschaftlichen Kosten. Allerdings verschwinden nicht die nun arbeitslosen Menschen. In einer auf Erwerbsarbeit beruhenden Gesellschaft heißt es für sie: Keine Arbeit, kein Lohn, kein Lohn, kein Leben.

Das ist die klassische Situation des „Frühkapitalismus“, mit der sich Arbeiterbewegung und Gewerkschaften dann auseinandersetzen hatten, um die Situation der Arbeitenden zu verbessern. Dabei geriet aber die Frage der Überwindung der Arbeitsbezahlung weitgehend aus dem Blick, stattdessen richteten sich die Anstrengungen auf ihre Sicherung und Verbesserung. Was dabei erreicht wurde, war viel, dennoch blieb es bloß Milderung der Auswirkungen des falschen Systems. Durch Flächenta-

rifverträge usw. versuchte man die Löhne gegenüber den Marktschwankungen zu stabilisieren, ohne jedoch am System der Lohnarbeit noch zu rütteln.

Auf der anderen Seite wuchs innerhalb der herrschenden Klassen die Einsicht, dass die Situation völliger sozialer Schutzlosigkeit nur revolutionären Bestrebungen Vorschub leisten würde. In Deutschland führte Bismarck aus solchen Gründen dann die Sozialversicherung ein. Man entschied sich dabei für eine Zwangsversicherung. Deren Beiträge teilen sich „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ paritätisch. Das Arbeitseinkommen teilt sich dadurch in einen direkt ausgezahlten Bestandteil und ein Sozialeinkommen, das in die Sozialkassen fließt und im Bedarfsfall - also z.B. bei Krankheit im Alter oder bei Arbeitslosigkeit - zur Verfügung steht. Da die Löhne, ob Individual- oder Soziallöhne, Kostenbestandteile darstellen, die notwendig in die Preise der Unternehmen einkalkuliert werden müssen, zahlte letztlich über die Preise der Endverbraucher die Zeche, ohne dass es ihm bewusst geworden wäre.

Auf diese Weise entstanden nach und nach Einrichtungen für alle Wechselfälle des sozialen Lebens. Sie erschienen solange sicher, als sich die Unternehmen der Einzahlung in die Sozialkassen nicht entziehen konnten. Das ist heute im Zeitalter der Konkurrenz der Standorte völlig anders geworden. Nicht nur, dass durch immer höheren Kapitaleinsatz immer neue Produktivitätsschübe lebendige Arbeit entbehrlich gemacht haben - ein Prozess, der unumkehrbar ist, weil eine Maschine, die nicht weniger Arbeit kostet als sie ersetzt, ja gar nicht erst gebaut würde. Sondern es gibt auch noch eine weltweite Konkurrenz darum, wer die verbleibende Arbeit verrichten darf. All das hat dazu geführt, dass die scheinbar felsenfeste Gewissheit „Die Rente [als Synonym für soziale Sicherheit generell] ist sicher“ in kürzester Zeit brüchig geworden ist. Zugleich sind durch diese Entwicklung die Waffen der gewerkschaftlichen Tarifpolitik stumpf geworden.

Die Ökonomie, die früher die soziale Sicherheit trug, verliert ihre Sozialbindung. Es geht um Renditen als Selbstzweck, nicht mehr um Gewinn als Mittel realer wirtschaftlicher Leistungserstellung. Mit überhöhten Gewinnen müssen die Aktienkurse hochgehalten werden, damit das Unternehmen nicht von Konkurrenten geschluckt werden kann. Selbst wenn man von dem dadurch entstehenden zusätzlichen Druck auf die Arbeitsplätze einmal absieht: Allein die Tatsache, dass wachsende Produktivität die Vollversorgung der Gesellschaft sicherzustellen vermag, macht Vollbeschäftigung zur Illusion, an die bald nur noch neoliberal geprägte Politiker und Ökonomen glauben. Sicher: hier und da eröffnen sich auch neue Arbeitsfelder in der klassischen Erwerbsarbeits-sphäre. Insgesamt aber gibt es in dieser Sphäre immer weniger zu tun, weil uns die Maschinen immer mehr abnehmen.

Die Tätigkeitsfelder, auf denen ein wachsender Bedarf entsteht, liegen dort, wo Erwerbseinkommen auf die traditionelle Weise nicht mehr entstehen: In der Nicht-Ökonomie, in neuen Feldern von Bildungs-, Umwelt-, Kultur-, Sozialarbeit usw. Damit erweist sich endgültig, dass der Arbeitsbegriff nicht auf Erwerbsarbeit reduzierbar ist. Wie aber verhalfen wir Menschen zu dem Einkommen, dass es ihnen ermöglicht, dort tätig zu werden?

Die überkommenen Formen, Löhne und Sozialsysteme zu gewährleisten, halten nicht mehr. Umdenken ist angesagt, eine Revolution der Begriffe erforderlich. Leider zeigen Erfahrungen, dass dagegen gerade im Lager der Arbeitgeber und der Gewerkschaften größte Widerstände vorhanden sind. Doch davon dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. Die Idee des Grundeinkommens ist eine Antwort auf Fragen, die nicht länger verdrängt werden können. Wo Lohn zu zahlen ist, bildet das Grundeinkommen einen Sockelanteil davon. Anders als bei den Lohnnebenkosten, bei denen leicht der - wenn auch falsche - Eindruck eines Abzugs vom Lohn, einer Einkommensminderung, entsteht, ist Grundeinkommen auf den ersten Blick als Einkommen erkennbar. Das schafft Klarheit und Transparenz. Es kommt zusammen, was vorher zusammenhanglos erschien: Lohn und Sozialleistungen. Es ist der Einstieg in eine grundlegende Umgestaltung der Verhältnisse, eine friedliche Revolution.

Wie lassen sich Sozialsysteme unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs gerecht finanzieren?*

Für die Sozialversicherungsbeiträge hat man gelegentlich den Begriff des zweiten Lohns verwendet. Das ist wie gesagt sachgemäßer als von Lohnabzügen zu sprechen. Ob Individualeinkommen, das sofort ausgezahlt wird und zur Verfügung steht oder Sozial-einkommen - Einkommen, das im Alter, bei Krankheit usw. zur Verfügung steht: bei unbefangener Betrachtung ist beides Einkommen. Es handelt sich eben letztlich um einen Ertragsteil, der abdeckt, was wir für diese Fälle des Lebens brauchen. Wir sollten das der Sache nach Zusammengehörige nicht so verschieden etikettieren, dass der Zusammenhang unsichtbar gemacht wird. Wie denn überhaupt falsche Begriffe unser soziales Verständnis vielfältig behindern. „Arbeitnehmer“ ist so ein Begriff, der suggeriert, die Mitarbeiter brächten ihre Leistung gar nicht ins Unternehmen ein, gehörten also gar nicht dazu.

Steuerquote und Sozialleistungsquote sind nach wie vor in der BRD getrennte Dinge. Bei der Zusammenfassung der Sozialleistungssysteme der BRD und der DDR wurde die Gelegenheit des Einstiegs in eine Steuerfinanzierung verpasst. Im Gegenteil: Es wurden versicherungsfremde Kosten der Einheit in die Sozialversicherungen verschoben. Die Erhebung der Sozialbeiträge als Lohnnebenkosten stößt auf immer größere Probleme. In der Praxis wird bereits heute unter dem Druck der Verhältnisse ein wachsender Teil der Ausgaben aus Steuern finanziert - bei der Rentenfinanzierung kommt etwa ein Drittel mittlerweile aus dem Staatshaushalt. Aber von einem konsequenten Umsteuern kann keine Rede sein, obwohl wir mit der bestehenden Form der Finanzierung immer mehr in die Globalisierungsfalle geraten sind.

* Das einleitende Referat zu diesem Thema hielt Harald Spehl.

Das soziale Netz: Sozialbudget 2005

Datenstand: August 2006, in Mio. EUR

Sozialbudget insgesamt _____ 717329 [759689]

1 Allgemeine Systeme _____ 462519 [501822]
 1.1 Rentenversicherung _____ 234859
 1.2 Private Altersvorsorge _____ 1756
 1.3 Krankenversicherung _____ 145533
 1.4 Pflegeversicherung _____ 17465
 1.5 Unfallversicherung _____ 11325
 1.6 Arbeitsförderung _____ 90884

2 Sondersysteme _____ 14243[4]
 2.1 Alterssicherung der Landwirte _____ 3176
 2.2 Versorgungswerke _____ 11068

3 Leistungssysteme des öff. Dienstes _____ 52736
 3.1 Pensionen _____ 35637
 3.2 Familienzuschläge _____ 6895
 3.3 Beihilfen _____ 10204

4 Leistungssysteme der Arbeitgeber _____ 69447[8]
 4.1 Entgeltfortzahlung _____ 25401
 4.2 Betriebliche Altersversorgung _____ 30960
 4.3 Zusatzversorgung _____ 10611
 4.4 Sonstige Arbeitgeberleistungen _____ 2476

5 Entschädigungssysteme _____ 4822[1]
 5.1 Soziale Entschädigung _____ 3877
 5.2 Lastenausgleich _____ 72
 5.3 Wiedergutmachung _____ 773
 5.3 Sonstige Entschädigungen _____ 99

6 Förder- und Fürsorgesysteme _____ 44306[7]
 6.1 Sozialhilfe _____ 19716
 6.2 Jugendhilfe _____ 17445
 6.3 Kindergeld _____ 325
 6.4 Erziehungsgeld _____ 3148
 6.5 Ausbildungsförderung _____ 1449
 6.6 Wohngeld _____ 1461
 6.7 Förderung der Vermögensbildung _____ 763

7 Indirekte Leistungen _____ 72311
 7.1 Steuerliche Maßnahmen (ohne FLA) _____ 36361
 7.2 Familienleistungsausgleich (FLA) _____ 35950

(Sozialbudget insgesamt und Allgemeine Systeme konsolidiert um Beiträge des Staates.) Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Sozialbudget 2005, Tabellenauszug, als pdf-Datei zu finden unter: <http://www.bmas.bund.de>, Tabelle II-1, S. 14. Seltsamerweise entsprechen die vom BMA angegebenen Summen nicht den angegebenen Einzelpositionen. In eckigen Klammern steht die rechnerisch berichtigte Zahl beziehungsweise die berichtigte letzte Stelle.)

Die Globalisierung führt dazu, dass die soziale Sicherung, die in Form von Lohnnebenkosten finanziert wird, zu einem Kostenfaktor wird, der Verzerrungen und Ungerechtigkeiten im globalen Wettbewerb erzeugt: Denn in unseren Exportpreisen exportieren wir unsere Sozialkosten in andere Länder - belasten diese also damit -, während umgekehrt die niedrigen Sozialkosten von Importländern zum Wettbewerbsvorteil auf unserem Markt werden. Anders gesagt: Mit zunehmender Globalisierung der Märkte konkurrieren tatsächlich Sozialversicherungssysteme der einzelnen Nationen über die Güterpreise miteinander. Das hat zur Folge, dass die Arbeitsplatzverlagerung forciert wird, um Märkte vom Ausland her mit geringeren Kosten bedienen zu können, als dies vom Inland her möglich ist. Aus dieser Problematik erwächst der Druck auf die

Sozialsysteme: „Herunter mit den Sozialkosten“ ist die Parole. „Wir können uns das alles nicht mehr leisten“, so heißt es. Wer angesichts dessen nur die Bewahrung des bestehenden Systems fordert, steht auf verlorenem Posten oder stützt sogar die Position der Gegenseite. Wachsende Arbeitslosigkeit und die demographischen Veränderungen verschärfen die Lage bei uns. Auf der anderen Seite können Unter solchen Bedingungen die Länder des Südens keine wirkungsvollen Sozialsysteme aufbauen, ohne Wettbewerbsvorteile zu verlieren. So kann letztlich eine Gesellschaft nicht mehr demokratisch entscheiden, welches Maß an sozialer Sicherheit sie haben möchte, Sozialabbau erscheint als nicht veränderbarer, globalisierungsbedingter Sachzwang.

Der Ausweg aus dem Dilemma ist ein neugestalteter verbrauchsorientierter Sozialausgleich, der es ermöglicht, die soziale Sicherheit wettbewerbsneutral zu gestalten und damit der Globalisierungsfalle zu entfliehen. Technisch entspricht ein solcher Sozialausgleich der Mehrwertsteuer: seine Erhebung erfolgt als Netto-Allphasen-Belastung der Wertschöpfung auf den einzelnen Stufen. Die Endverbraucher leisten also beim Erwerb von Waren und Dienstleistungen einen Beitrag zur sozialen Sicherung. Nach einer durch viele Berechnungen von Wirtschaftsinstituten erhärteten Formel entsprechen dabei 1 % Lohnnebenkosten 1 % mehrwertsteuerartiger Belastung.

Es handelt sich also insoweit um eine reine Umfinanzierung, die prinzipiell nicht zu höheren Preisen führt. Das bedeutet, dass die Unternehmen die Entlastung von den Lohnnebenkosten als Preissenkungen weitergeben, so dass der Sozialausgleich auf die gesenkten Preise aufgesetzt werden kann, - also nicht zu Preiserhöhungen führt. Außerdem dürfen die Gewerkschaften die Umstellung nicht zum Anlass kompensierender Lohnforderungen nehmen; auch Weiterverarbeiter und Handel dürfen die Situation nicht zu Preiserhöhungen nutzen. Es wird also nicht ohne einen gesamtgesellschaftlichen Konsens gehen, einen Sozialpakt, in den alle beteiligten Gruppen eingebunden werden! Die Erfahrungen bei der Umstellung von der D-Mark auf den Euro zeigen, dass es eines kontrollierten Übergangs bedarf.

Dass die Finanzbeiträge zum Sozialausgleich unabhängig von der bestehenden Mehrwertsteuer festgelegt und erhoben werden, wäre deshalb hilfreich, um sicherzustellen, dass sie nicht in den allgemeinen Staatshaushalt fließen, sondern ausschließlich zweckgebunden für ein bedingungsloses Grundeinkommen und andere von den Menschen gewollte Sozialsicherungsmaßnahmen verwendet werden. Wie immer man dies technisch im einzelnen ausgestaltet: die Verteilungsorganisation müsste eine wirklich selbstverwaltete sein.

Die Brisanz dieses Themas zeigt sich an der im nächsten Jahr ins Haus stehenden Mehrwertsteuererhöhung um 3% auf 19%. Diese ist allen ursprünglichen Ankündigungen zum Trotz keine Maßnahme zur preis- und wettbewerbsneutralen Umfinanzierung sozialer Sicherheit, sondern wird großenteils verwendet, um Haushaltslöcher bei Bund und Ländern zu stopfen. Eine solche Erhöhung wird zu Preiserhöhungen führen und daher die Mehrwertsteuer als Finanzierungsinstrument der sozialen Sicherung diskreditieren!

Dabei ist nicht die absolute Höhe der Mehrwertsteuer in Deutschland das Problem - in anderen europäischen Ländern ist sie höher: Luxemburg 22 %, Dänemark und Schweden 25 %. Zu Recht wird darauf aufmerksam gemacht, dass auch heute bereits alle Kosten der Unternehmen, zu denen eben auch Lohnnebenkosten, Steuern usw. gehören, in die Preise einkalkuliert werden. Prinzipiell gilt daher die Argumentation von Götz Werner und Mitarbeitern, dass die mehrwertsteuerartige Umfinanzierung der gesamten bereits heute finanzierten Staatsquote in Deutschland, also desjenigen Teil des Bruttonationaleinkommens, der für Steuern und Sozialtransfers verwendet wird, nur zu einer anderen Zusammensetzung der Preise, nicht jedoch zu ihrer Erhöhung führen müsste, da die Staatsquote heute bereits in den Preisen steckt, nur eben tief verborgen.* (Die Staatsquote lag 2004 bei 47,5 %, das heißt bei etwas über 1.011 Mrd. EUR.)

Zu vielen Fragen und Einwänden zur Finanzierung von Grundeinkommen und sozialer Sicherheit durch einen mehrwertsteuerartigen Sozialausgleich wurde an anderer Stelle bereits ausführlich argumentiert, worauf hier nur verwiesen werden kann.** An noch offenen Detailfragen wird weitergearbeitet. So müssen z.B. Übergangsregelungen gefunden werden, die Verwerfungen bei der Verteuerung der Importe und der Entlastung der Exporte verhindern.

Letztlich führt der Sozialausgleich dazu, dass im Produktpreis jeweils die Sozialstandards des Verbrauchlands enthalten sind. Ein Export von Sozialkosten würde nicht mehr stattfinden, und je mehr sich nach und nach alle Länder dem Verfahren anschließen, würde es ein Beitrag zu weltweit gerechten Verhältnissen sein. Denn für Entwicklungsländer würde sich die Möglichkeit eröffnen, überhaupt Sozialsysteme aufzubauen. Am Ende würde also ein neues Gleichgewicht stehen, von der schrittweisen Entlastung unserer Exporte könnten dann Länder des Südens, in die wir exportieren, als Entwicklungsbeitrag profitieren: Der dort erhobene Sozialausgleich würde als Kaufkraft dort verbleiben, während - bei gleichem Produktpreis - die in den importierten Waren enthaltenen Sozialkostenanteile der Importländer heute in diese Länder zurückfließen.

* Vgl. Finanzierung und Wirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens, <http://www.unternimm-die-zukunft.de/index.php?id=54>

** Vgl. z.B. Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl, Christoph Strawe: Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich. Ein Weg zur Zukunftssicherung der Sozialsysteme unter den Bedingungen der Globalisierung. Umfinanzierung der Arbeitslosenversicherung als erster Schritt. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 1/1999. Im Internet unter der URL <http://www.sozialimpulse.de/lhnnk.htm>. Ferner: Harald Spehl: Das Menschenrecht auf Existenz - Fragen eines ökonomieverträglichen Sozialausgleichs. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 4/Dezember 2002; C. Strawe: Arbeitslosigkeit ? Krise und Chance. Ursachen, Spaltungen, Irrwege und Lösungsmöglichkeiten. In: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, 3/2006 (auch unter: <http://www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Arbeitslosigkeit.pdf>). Zu den Argumenten gegen eine Konsumbesteuerung generell finden sich viele Antworten auf den Seiten der Grundeinkommensinitiative von Götz Werner (<http://www.unternimm-die-zukunft.de>)

Grundeinkommen als Sockel der sozialen Sicherung - verschiedene Grundeinkommensmodelle*

Dass revolutionäre Gedanken wie die Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen heute in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden können, ist eine großartige Sache, auch wenn bedingungslose Versorgung jedes Einzelnen und eine Gesellschaft ohne Arbeitszwang für viele noch ganz und gar fremde Gedanken sind. Um so wichtiger, dass die Diskussion vertieft wird: Wie und unter welchen Bedingungen kann ein Grundeinkommen zum Sockel der Sozialfinanzierung werden? Welche Unterschiede gibt es zwischen dem Grundeinkommen und andern Formen einer Grundsicherung? Auch Hartz IV wird ja als „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (SGB II) deklariert, im Jahr 2003 bereits wurde die „Grundsicherung im Alter und für Erwerbsgeminderte“ eingeführt. Welche Ausformungsmöglichkeiten gibt es für ein Grundeinkommen?

Die meisten Befürworter eines Grundeinkommens sehen in ihm eine Möglichkeit der Vereinfachung des heutigen durch zahllose Stützen, Umverteilungssysteme, Zuschüsse usw. gekennzeichneten Sozialsystems: „Seit Bestehen der Bundesrepublik hat sich eine gigantische Sozialbürokratie herausgebildet, die mit 38 unterschiedlichen Arten von Behörden und Quasibehörden 155 steuer- und beitragsfinanzierte Sozialleistungen verwaltet.“** Aber Vereinfachung ist als Kriterium natürlich zu wenig.

Hilfreich ist Ronald Blaschkes Vorschlag, den Begriff des garantierten Mindesteinkommens als Oberbegriff zu wählen, um dann den Grundeinkommensbegriff gegenüber andern Formen eines Mindesteinkommens abgrenzen zu können.*** Er unterscheidet zunächst 2 Grundtypen des garantierten Mindesteinkommens: Beim Grundtyp I wird die bestehende Orientierung der Sozialsicherung an der Erwerbsarbeit nicht in Frage gestellt, sondern die Erwerbsarbeit wird subventioniert (Mindestlohn, Kombilohn, Lohnsubventionen). Bei Grundtyp II gibt es keine direkte Subventionierung von Erwerbsarbeit mehr, wenn sich auch natürlich Mindestlohneffekte ergeben.

Aber auch innerhalb von Typ II gibt es ein breites Spektrum: Die Zahlung einer solchen Mindestsicherung kann auf „Bedürftige“ beschränkt sein, womit die Überprüfung der Bedürftigkeit zur Bedingung wird. Sie kann an die Bedingung geknüpft sein, so gut wie jede Arbeit anzunehmen, ein Haushalts- bzw. Familienbezug kann gegeben sein, der den individuellen Anspruch einschränkt. Von einem authentischen bedingungslosen

* Hierzu referierte Christoph Strawe

** Joachim Mitschke: Grundsicherungsmodelle - Ziele, Gestaltung, Wirkungen, Finanzbedarf. Eine Fundamentalanalyse mit besonderem Bezug auf die Steuer- und Sozialordnung sowie den Arbeitsmarkt der Republik Österreich, Nomos 2000, S. 34.

*** Ronald Blaschke: Garantiertes Mindesteinkommen. Aktuelle Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen im Vergleich. Aktualisierte und erweiterte Ausgabe. Dresden, Oktober 2005. Blaschke ist Sprecher des Netzwerks Grundeinkommen. Man findet den Text als pdf-Datei unter www.archiv-grundeinkommen.de

Grundeinkommen können wir nur dann sprechen, wenn die folgenden Merkmale gegeben sind:

- der Bezug ist ein Bürgerrecht,
- es gibt keine Bedürftigkeitsprüfung,
- das Recht steht jedem individuell zu - d.h. Einkünfte von Familienangehörigen, Partnern usw. werden nicht angerechnet,
- es gibt keinerlei Verpflichtung oder Zwang zur Arbeit.

Selbstverständlich heißt Bedingungslosigkeit auch, dass es niemandem verwehrt sein kann, über das Grundeinkommen hinaus weiteres Einkommen zu erzielen.

Ein weiteres Kriterium für ein authentisches Grundeinkommen liegt in seiner Höhe: sie muss so sein, dass auch kein verdeckter Arbeitszwang entsteht, obwohl alle anderen Kriterien formal gegeben sind. Bei allen Formen der Grundsicherung wird in der Regel mit dem Begriff des Existenzminimums operiert. Es ist aber gerade die Frage, ob man dieses wirklich im Sinne der Sicherung einer menschenwürdigen Existenz auffasst. Götz Werner hat deshalb den aussagekräftigeren Begriff des „Kulturminimums“ vorgeschlagen, das durch ein Grundeinkommen sicherzustellen sei. Auf der anderen Seite gibt es neoliberale Grundeinkommensbefürworter wie Milton Friedman, die ein Grundeinkommen deutlich unterhalb des Existenzminimums anstreben, mit dem dann alle sozialen Verpflichtungen der Gemeinschaft abgegolten wären und das dazu zwingen würde, jede Arbeit anzunehmen.****

André Gorz schreibt zu dieser Problematik: „Die Garantie eines unter dem Existenzminimum liegenden Grundeinkommens [...] hat die Aufgabe, die Arbeitslosen zur Annahme von mühsamen und erniedrigenden Niedriglohnbeschäftigungen zu zwingen [...] Ein allen garantiertes ausreichendes soziales Grundeinkommen untersteht einer umgekehrten Logik: Es soll nicht mehr diejenigen, die es beziehen, zu jeder beliebigen Arbeit unter allen Bedingungen zwingen, sondern es zielt auf deren Befreiung von den Zwängen des Arbeitsmarktes ab. Es soll ihnen ermöglichen, ‚unwürdige‘ Arbeit und Arbeitsbedingungen abzulehnen ...“*****

Die Frage nach der Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens ist nach wie vor ein besonders kitzlicher Punkt. Es gibt durchaus wohlmeinende Menschen, die vorschlagen, die Auszahlung z.B. an den Nachweis einer bestimmten Stundenzahl freigewählter gemeinnütziger Tätigkeit zu koppeln. Das wäre sicherlich sozialer als die neoliberale Karikatur des bedingungslosen Grundeinkommens, trotzdem ergeben sich schwere Bedenken. Wer bestimmt, welche Tätigkeit anerkannt wird? Wie verhindert man Missbräuche? Mit diesen und ähnlichen Fragen sitzt man nur zu leicht wieder in der Bürokratiefalle. Ob man so mehr an gemeinnützigem Engagement bewirken kann als mit einer bedingungslosen Lösung, ist fraglich, man kann durchaus das Gegenteil vermuten.

In der Literatur findet man die Unterscheidung zwischen einem „Poverty Gap-Typ“ und einem „Social Dividend-

**** Vgl. Milton Friedman (1962): „Capitalism and Freedom“ (deutsch: „Kapitalismus und Freiheit“, Stuttgart 1971)

***** André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt/Main 2000, S. 113 und 115, zit. nach Blaschke, S. 15.

Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“

1. Arbeitsleistung zur Grundlage der Teilhabe am Wohlstand zu machen, ist gerecht, solange Wohlstand überwiegend durch menschliche Arbeitskraft erzeugt wird. Heute aber wird menschliche Arbeitskraft mehr und mehr durch „Maschinen“ (Automaten, Computersoftware) ersetzt. Halten wir dennoch an der ausschließlichen Verteilung von Einkommen über Arbeitsleistung fest, führt das entweder zu steigender Arbeitslosigkeit oder zu sinkenden Einkommen.
2. Der Wohlstand unseres Landes ist der Wohlstand aller Bürger. Er geht auf die Leistungen aller Bürger zurück, auch auf die Leistungen vorangehender Generationen. Deshalb gebietet es die Gerechtigkeit, alle Bürger an diesem Wohlstand zu beteiligen.
3. Unser Wohlstand ist das Ergebnis erfolgreicher Innovationen. Innovationen steigern die Produktivität und befördern die Wertschöpfung: Sie ermöglichen es, Arbeitsabläufe zu automatisieren und menschliche Arbeitskraft einzusparen. Arbeitslosigkeit ist kein Zeichen von Armut, sondern ein Ausdruck der Produktivität und des Vermögens unseres Landes.
4. Verzicht auf Innovationen ist Verzicht auf Wohlstand und damit auf Freiheit von unnötiger Arbeit. Freiheit der Bürger ist auch Freiheit von unnötiger Arbeit, die durch programmierbare Automaten verrichtet werden kann.
5. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zur Arbeit zu zwingen, misstraut ihrer Gemeinwohlbindung und schränkt die bürgerlichen Freiheiten ein.
6. Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung hat zur Folge, dass Arbeitslose und Arbeitnehmer für die wirtschaftliche Produktivität unseres Landes bestraft werden. Sie werden gezwungen, ihre Arbeitskraft zu sinkenden Löhnen und Gehältern bei reduzierter sozialer Absicherung zu verkaufen, obwohl ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt wird.
7. Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung hat zur Folge, dass Bürger - ohne Not - dauerhaft zu Tätigkeiten gezwungen werden, die automatisierbar sind. Automatisierbare Arbeit ist ersetzbare Arbeit; ersetzbare Arbeit kann nicht sinnstiftend sein. Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung geht somit für eine steigende Anzahl von Bürgern mit dem Verlust beruflicher Sinnstiftung einher.
8. Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung zieht eine Verschwendung von Lebenszeit der Bürger nach sich, weil sie an geisttötende, unwürdige Arbeiten gebunden werden. Die Zeit wird sinnlos „abgesehen“ und kann nicht für sinnvolle Tätigkeiten genutzt werden; die Würde des Menschen wird missachtet.
9. Wenn Würde und Integrität von Menschen nicht mehr die oberste Richtschnur politischer Entscheidung sind, wird das politische Gemeinwesen in seinen Grundfesten erschüttert.

Wir schlagen vor: ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger ...

- ... stärkt die Familie. Sie kann sich der Erziehung und der Fürsorge für ihre Kinder widmen, ohne sich um ihre Einkommenssicherung zu sorgen.
 - ... fördert Innovation in allen gesellschaftlichen Bereichen und ermöglicht die dazu erforderliche Muße. Innovative Ideen können frei entwickelt werden, ohne dass sie vom Absatz an einem Markt abhängig sind.
 - ... stärkt die Unternehmen. Sie können automatisieren, ohne sich Sorgen um entlassene Mitarbeiter zu machen. Sie können auf leistungsbereite Mitarbeiter setzen, denn Erwerbsarbeit wird freiwillig geleistet.
 - ... stärkt die Volkswirtschaft. Unproduktive Industrien und Wirtschaftszweige müssen nicht mehr subventioniert werden.
 - ... ermöglicht einen umfassenden Abbau von Bürokratie, auch in den Sozialsystemen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ersetzt weitestgehend bestehende Sozialleistungen.
- Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger stärkt die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, und gibt ihnen die Freiheit dazu.

Ute Fischer, Stefan Heckel, Axel Jansen, Sascha Liebermann, Thomas Loer, www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de

Engagement und Anerkennung

Nur das Grundeinkommen eröffnet eine radikale Entscheidungsmöglichkeit dazu. Dieser Freiheit entspräche eine Verantwortungszumutung: Ganz gleich, wofür man sich entscheidet, es muss eine vernünftige Antwort auf die Chance der Freiheit darstellen. Denn mit der Entscheidung der Gemeinschaft, die Freiheit der Bürger zu stärken, ginge auch eine Verpflichtung einher: Die Freiheitschancen müssten vernünftig genutzt werden. Worin aber eine vernünftige Nutzung bestünde, dürfte nicht vorgeschrieben sein. Ob im Beruf, dem bürgerschaftlichen Engagement oder in der Familie, das wäre ganz dem Einzelnen überlassen.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen hat eine entscheidende Voraussetzung: das Gemeinwesen muss in die Gemeinwohlbindung seiner Bürger vertrauen. Es muss darauf vertrauen, dass die Bürger ihren Beitrag leisten wollen. Dies ist schon heute die Grundlage unserer Ordnung, von daher also wäre ein Grundeinkommen nur die Konsequenz aus der Gegenwart.

Sascha Liebermann, in einem Arbeitspapier für das Kolloquium des Instituts für Entrepreneurship an der Uni Karlsruhe, Ende Februar 2006
S.Liebermann@FreiheitStattVollbeschaeftigung.de; www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de

Typ“ des Grundeinkommens.* Beim ersten Typ handelt es sich um die Schließung einer Einkommenslücke - wobei die Definitionen, wo eine solche beginnt, unterschiedlich sein können. Die bekannteste Form ist der Vorschlag einer negativen Einkommensteuer, z.B. von Milton Friedman. Dabei wird gefragt: Liegt das Einkommen einer Person nach Steuern unter einer bestimmten Transfergrenze? Dann wird es ergänzt. Wer sich an der Grenze befindet, zahlt keine Steuer, wer darüber liegt, zahlt Einkommensteuer, wer darunter ist, erhält ein Ergänzungseinkommen (definiert als „negative Einkommensteuer“). Zur Funktionsweise vergleiche den Kasten Seite 12.

Bei der Sozialdividende wird jedem Bürger aufgrund seiner Teilhabe an der Gesellschaft (hier liegt die Analogie mit dem Aktionär als Teilhaber eines Unternehmens, der die Dividende bezieht) ein Grundeinkommen bedingungslos ausbezahlt. Erst hier also kann man im engeren Sinne von einem Sockeleinkommen sprechen. Um dieses aufzubringen, ist zunächst einmal ein hohes (Steuer)aufkommen nötig, ein höherer Umverteilungsaufwand ist durch die Gesellschaft zu leisten.

Der Ansatz von Götz Werner ist ein reintypischer „Social Dividend-Ansatz“, der zudem mit einem wettbewerbsneutralen Finanzierungskonzept verbunden ist. Die in verschiedenen Interviews genannte Zielgröße sind 1500 Euro pro Person, als Einstiegsgröße bietet sich für Werner ein Satz von ca. 800 EUR an. Der Betrag würde dynamisch ausbezahlt, d.h. er steigt mit dem Lebensalter an und sinkt ab etwa 50 Jahren wieder. Das Grundeinkommen würde auf das Erwerbseinkommen angerechnet. Ein solches Grundeinkommen wäre in der Tat ein Sockel der sozialen Sicherheit und würde als solches zahlreiche heutige Transfers ersetzen: Es wäre z.B. Kindergeld, Bafög-Ersatz und Sockelrente. - Auch sollten wir als Grundeinkommenselement eine Gesundheitspauschale einführen, die das allgemeine Grundeinkommen allerdings nicht mindern dürfte, sondern zusätzlich zur Verfügung stehen sollte (vgl. S. 16).

Es kann hier natürlich nicht auf alle Grundeinkommensmodelle in aller Breite eingegangen werden. Ein weiterer Ansatz, Michael Opielkas Modell einer Grundeinkommensversicherung, wurde in dieser Zeitschrift bereits ausführlich referiert.** Wie differenziert man bei der Beurteilung von Modellen vorgehen muss, macht Ronald Blaschke an Hand der negativen Einkommenssteuer deutlich: „Die Grundeinkommensform Negative Einkommensteuer integriert das (steuerfinanzierte) Sozialin das Steuersystem. Sie ist in unterschiedlichen Ausgestaltungen diskutiert worden. Sie kann dem Bedingungslosen Grundeinkommen analog gestaltet sein (allerdings bleibt dabei immer die steuerlich/finanzierungstechnisch immanente Bedürftigkeits-/Einkommensprüfung, ex post - Auszahlung). Sie kann aber auch vollkommen bzw. partiell vom Grundeinkommen abweichen (nicht Armut verhindernd, daher faktisch einen Arbeitszwang implizierend; eingeschränkter Adressatenkreis; steuerlicher Haushalt-/Familienbezug). - Zu berücksichtigen ist, dass

* Vgl. Werner Rätz, Dagmar Paternoga, Werner Steinbach: Grundeinkommen bedingungslos. VSA Hamburg 2005, S. 12.

** Vgl. Grundeinkommen und soziale Dreigliederung, in: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 1/2005.

es sich hier um eine idealtypische Unterscheidung von verschiedenen Ansätzen handelt. Fließende Übergänge und Berührungspunkte zwischen den einzelnen Modellen der Grundsicherung und des Grundeinkommens sind je nach konkreter Ausgestaltung durchaus gegeben.“*** So arbeitet z.B. das von Ute Fischer und Helmut Pelzer vertretene „Ulmer Modell“ (Transfergrenzenmodell Ulm) mit dem Mechanismus der negativen Einkommenssteuer, strebt aber eine bedingungslose Existenzsicherung auf menschenwürdigem Niveau an, was von dem „Bürgergeld“, das die FDP „für alle Bedürftigen“ fordert, nicht unbedingt gesagt werden kann.“****

Das zeigt vor allem eines: Man muss genau hinschauen, was wer meint, wenn das Stichwort Grundeinkommen oder Grundsicherung fällt. Das gilt auch da, wo - was an und für sich ja erfreulich ist - Politiker die Forderung in dieser oder jener Form aufgreifen (vergleiche Kasten S. 20). In Zukunft wird es vermutlich noch nötiger sein als heute, die Geister unterscheiden zu lernen, denn noch nie war die Bewegung für diese Idee so groß wie heute - was natürlich auch verdeckt operierende Gegner auf den Plan rufen wird.

Ein Wort noch zur Geschichte der Idee und ersten praktischen Erfahrungen: Grundeinkommensgedanken finden wir bereits im Frühsozialismus.“**** Der Begriff der Sozialdividende taucht in den 20er Jahren bei dem schottischen Wirtschaftstheoretiker Major Clifford Wallace auf - der an eine wirkliche Dividende aus der Verzinsung von Staatskrediten an Unternehmen dachte. Eine breite Bewegung für ein Grundeinkommen gab es in den 60er und 70er Jahren in den USA. 1966 forderte Martin Luther King ein garantiertes Einkommen für jedermensch. Der Ökonom Robert Theobald begründete die Forderung nach einem Grundeinkommen mit dem Ende der Vollbeschäftigung. In einem Beitrag zu einer Publikation von Theobald unterstützte Erich Fromm die Idee nachdrücklich.“***** In den 80er Jahren wurde die Forderung von den deutschen Grünen unterstützt, die sich später allerdings davon lösten und in der rot-grünen Koalition mitverantwortlich für Hartz IV wurden. Heute wird die Forderung vor allem von zivilgesellschaftlichen Akteuren getragen, im parteipolitischen Raum griff die PDS das Thema auf, auch einzelne Politiker der CDU sprachen sich inzwischen dafür aus.

Es gibt auch erste praktische Erfahrungen: Im US-Bundesstaat Alaska erhalten seit 1982 alle Bewohner jährliche Dividenden aus den im Staatsbesitz befindlichen Ölvorkommen (Alaska Permanent Fund). 1999 betrug die Auszahlung 1800 Dollar pro Person. In Brasilien beschloss man 2004 die schrittweise Einführung eines Grundeinkommens, die allerdings noch in den ersten

*** Blaschke 2005, a.a.O., S. 16.

**** Es ist symptomatisch, dass FDP-Spitzenpolitiker wie Gerhards und Solms sich in Talkshows besonders rabiät gegen Vorschläge Götz Werners zum bedingungslosen Grundeinkommen aussprachen. Allerdings gibt es nach wie vor sozialliberale Randströmungen in der FDP, die nach einem anderen Verständnis der Bürgergeldidee suchen.

***** Zur Geschichte der Idee vgl. insbesondere: Yannik Vanderborght, Philippe van Parijs: Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags. Frankfurt/M 2005. Ferner: Rätz, Paternoga, Steinbach, a.a.O., S. 12ff.

***** The Psychological Aspects of the Guaranteed Income, in: R. Theobald (Hrsg.), The Guaranteed Income. Next Step in Economic Evolution?, New York 1966. Eine deutsche Fassung findet man unter der URL <http://www.archiv-grundeinkommen.de/fromm/Fromm-Grundeinkommen.htm>. Vgl. Kasten S. 18.

Negative Einkommenssteuer

Fall 1

Arbeitseinkommen	_____	0,- EUR
Negative Steuer	_____	400,- EUR
Verfügbares Einkommen	_____	400,- EUR

Fall 2

Arbeitseinkommen	_____	200,- EUR
Negative Steuer	_____	300,- EUR
Verfügbares Einkommen	_____	500,- EUR

Fall 3

Arbeitseinkommen	_____	400,- EUR
Negative Steuer	_____	200,- EUR
Verfügbares Einkommen	_____	600,- EUR

Fall 4

Arbeitseinkommen	_____	800,- EUR
Negative Steuer	_____	0,- EUR
Verfügbares Einkommen	_____	800,- EUR

Vgl. Ralf Dahrendorf: Für jeden Bürger ein garantiertes Einkommen. Ein Leben auch ohne Lohnarbeit - wie ein neuer Sozialkontrakt aussehen mußte. („Die Zeit“, Nr. 4, 17. Januar 1986, DM-Beträge wurden in EURO umgerechnet). Dahrendorf referiert in dem Artikel das Kapitel von Klaus-Uwe Gerhardt und Arnd Weber aus dem Band „Befreiung von falscher Arbeit“, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin.

Anfängen steckt. Auch in Südafrika und anderen Ländern gibt es breite Bündnisse für ein Grundeinkommen.

Das bedingungslose Grundeinkommen verwirklicht das Menschenrecht, würdig zu existieren. Menschenrechte sind universell und gelten global. Daher geht es letztlich um eine weltweite Forderung und um weltweite Solidarität, auch wenn das Grundeinkommen zuerst einmal in einzelnen Ländern umgesetzt werden muss. Ein erster Schritt wäre, allen Menschen ein Grundeinkommen individuell und bedingungslos zu zahlen, das sie wenigstens vor dem Hunger bewahrt, wie es die internationale Nichtregierungsorganisation FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk (FIAN) seit langem fordert.

Die Bewältigung des Problems der Arbeitslosigkeit - Alternativen zu Hartz IV*

Das bedingungslose Grundeinkommen ist der Einstieg in eine Bewältigung sonst unlösbarer sozialer Probleme, es darf allerdings nicht als sozialtechnisches Allheilmittel missverstanden werden, sondern muss in einen ganzheitlichen Ansatz eingebettet werden.

* Hierzu referierte Michael Ross.

Die vom Mainstream in Politik und Wirtschaft heute vertretenen Lösungen für das Problem der Arbeitslosigkeit sind immer noch vom Bewusstsein einer Erwerbsarbeitsgesellschaft geprägt. Arbeitsplätze sind für diese Denkweise immer reguläre Erwerbsarbeitsverhältnisse, sie entstehen durch Wachstum materieller Produktion, falls das nicht ausreicht, durch Sogwirkungen in den Niedriglohnbereich, wo sich die Leute dann mit Obstpflücken und Spargelstechen beschäftigen sollen. Von offizieller Seite kann man Weisheiten hören und lesen wie den Satz: „Die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit liegt in der Steigerung der Zahl der Erwerbstätigen.“ Man muss sich nicht wundern, dass die Umsetzung von Hartz IV immer neues Chaos erzeugt. So moniert der Ombudsrat unverständliches Deutsch in den Bescheiden, von denen ein großer Prozentsatz zudem fehlerhaft ist. Das zwingt Betroffene zum Prozessieren, was wiederum neue Kosten und Belastungen nach sich zieht.

Die Zahlen sprechen für sich: Im Januar 2006 waren rund 5 Millionen Menschen in Deutschland offiziell als arbeitslos registriert, 20 Millionen zählte man in der Europäischen Union.** Dazu kommt die so genannte stille Reserve, die Frühberenteten, Kurzarbeiter und so weiter.*** Diese Menschen sind stigmatisiert, ausgegrenzt, werden in der Entfaltung ihrer Fähigkeiten behindert. Keine Rede mehr davon, mit den Hartz-Reformen die Arbeitslosigkeit bis 2006 zu halbieren, wie Peter Hartz und Gerhard Schröder vollmundig versprochen hatten. Alles hatte man sich so schön gedacht. Aber die Personalservice-Agenturen erwiesen sich als Flop, die Ich-AGs - eine Werbeagentur hatte das unsägliche Wort erfunden - griffen nicht recht. Angesichts der Tatsache, dass zuvor nur 15% der Angestellten der Arbeitsämter in der direkten Vermittlung tätig waren, war die schlanke kundenorientierte Arbeitsvermittlung - neuer Name: Bundesagentur für Arbeit. Das war zwar an sich kein falscher Ansatz, Arbeitsplätze ließen sich so aber auch nicht schaffen, - ganz abgesehen von dem neuen Wust an bürokratischem Aufwand, den besonders Hartz IV mit sich brachte. Was man auch nicht bedachte: Viele Selbstständige mit geringem Einkommen tauchten als Antragsteller bei Hartz IV auf und verursachten unvorhergesehene Kosten. Die Malaise wurde noch verstärkt durch Mitnahmeeffekte: In den Kommunen z.B. entdeckte man plötzlich, dass viele Sozialhilfeempfänger doch auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar seien, um sie als ALG II-Empfänger als Kostgänger der Sozialhilfe loszuwerden.

Hartz IV bedeutet: Alle erwerbsfähigen Langzeitarbeitslosen bekommen statt Arbeitslosen- oder Sozialhilfe nur noch eine Leistung, das so genannte Arbeitslosengeld II (ALG II). Das Arbeitslosengeld I in Höhe von 67 Prozent/60 Prozent (mit/ohne Kinder) des bisherigen Nettoentgelts wird nur noch maximal zwölf Monate bezahlt, für über 55-jährige 18 Monate. Wer danach keine neue Arbeit hat, bekommt nun ALG II, monatlich 345 EUR. Wohlfahrtsverbände sagen, das liege 70

** Das ist eine Quote von 12,1 Prozent (Presseinfo der Bundesagentur für Arbeit vom 31.1.06).

*** „Unter Berücksichtigung der Personen, die nicht in der Statistik erfasst werden, summiert sich das Ausmaß der Unterbeschäftigung im Jahr 2004 auf gut 7 Millionen.“ (Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung „Die soziale Situation in Deutschland“, Kapitel „Arbeitsmarkt“: <http://www.bpb.de/files/B19YYY.pdf>)

EUR unter der Armutsgrenze. Außerdem gibt es Zuschüsse für Kinder, Wohnen und Heizung. Allerdings alles nur, wenn man „bedürftig“ ist. Wie bei der Sozialhilfe muss erst einmal eigenes Geld - abgesehen von einem „Schonvermögen“ - und Geld der Angehörigen angegriffen werden. Dagegen betrug die bisher gezahlte Arbeitslosenhilfe für Arbeitslose mit Kindern 57 Prozent, für Arbeitslose ohne Kinder 53 Prozent des zuletzt bezogenen Arbeitsnettoentgeltes. Wer arbeitslos wird, fällt jetzt also schnell sehr tief. Die Bedürftigkeitsprüfung ist entwürdigend, die Beweislast wird auf den Betroffenen verlagert, der nachweisen muss, dass er z.B. mit einem Mitbewohner nicht in einer Beziehung lebt, also nicht erst dessen Vermögen herangezogen werden kann. Die Begrenzung der sogenannten 1-Euro-Jobs auf ½ Jahr verhindert, dass sich der Betroffene in ein soziales Lebensumfeld integrieren kann. Er wird stigmatisiert, obwohl er in aller Regel Opfer globaler Trends ist, für die er keine Schuld trägt. Was der Betroffene bekommt und was der Verwaltungsaufwand der Firma verschlingt, steht in keinem vernünftigen Verhältnis. Durch einen Zwangsverwaltungsakt kann man jeden ALG II-Empfänger nötigen jegliche Arbeit, anzunehmen, es sei denn, sie sei „sittenwidrig“. Das läuft letztlich auf eine Arbeitspflicht hinaus. Bei Weigerung kann das ALG gekürzt werden, zunächst um 30 %, theoretisch letztlich bis auf Null.

Das alles bedeutet dreierlei: Verarmungstendenz, Arbeitszwang und Fähigkeitsverlust. 28 Mrd. EUR werden ausgegeben, und das Resultat ist zunehmende Armut und Entwürdigung. Etwas ist offensichtlich faul an diesem Ansatz.

Im Kern liegt das Dilemma im Paradigma der Erwerbsarbeit. Der Erwerbsarbeitsbegriff war immer schon schief, nur zeigt es sich weniger scharf als heute.

Nicht jede Tätigkeit ist „Arbeit“. Von Arbeit sprechen wir da, wo Menschen etwas für andere leisten. Dabei verändern sie die Welt, aber entwickeln auch sich selbst. Sofern sich die Menschen mit ihrer ganzen Persönlichkeits- und Wesenskraft in die Arbeit einbringen, damit sie gelingt, ist Arbeit eigentlich keine wirtschaftliche, sondern eine kulturelle Kategorie. Allerdings ragt die Arbeit in das Wirtschaftsleben hinein und schafft wirtschaftliche Werte. Selbst ist sie jedoch dem Wesen nach keine „Ware“ - und ihre Vermarktung im Grunde ein Entwürdigung des Menschen. Was ein Mensch als Einkommen erhalten muss, ist eine Rechtsfrage.

Für die Entwicklung der Arbeit charakteristisch ist die Steigerung ihrer Produktivkraft - Produktivitätsentwicklung. Indem wir nicht nur Arbeit auf die Natur anwenden, sondern zugleich unseren Geist auf die Arbeit richten und ihren Wirkungsgrad durch Arbeitsorganisation und Technik erhöhen, kann immer größerer materieller Reichtum von immer weniger Menschen in immer kürzerer Zeit erzeugt werden. Der Arbeitsaufwand wird durch Arbeitersparnis zurückgedrängt. In der Vergangenheit wurde die durch Rationalisierungsprozesse dieser Art freigesetzte Arbeit von neuen Feldern des Erwerbs aufgesogen: Aus der Agrargesellschaft wurde die Industriegesellschaft, aus ihr eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Doch dieser Prozess geht nicht einfach so weiter, sondern stößt an Grenzen, wo der bisherige Typus des Wachstums nicht mehr richtig

Die Maßnahme

Wer heute nicht ans Paradies glaubt, kommt nicht in den Himmel, sondern nach Eidelstedt. Dort, im kleinbürgerlichen Stadtteil im Nordwesten Hamburgs, wird noch hochgehalten, was immer weniger bringt: Erwerbsarbeit.

Dort kämpfen die letzten Helden der Vollbeschäftigung für den Endsieg der Vollerwerbsgesellschaft. Der Arbeitslose, an sich ein funktionsloses Glied der Arbeitsgemeinschaft aller Deutschen, soll nicht verlernen, worauf Wohl und Wehe des Vaterlands gebaut sind: Arbeiten. Koste es, was es wolle.

Und das geht nach den Aufzeichnungen eines Arbeitslosen so: „Zuerst haben wir alle Arbeitsbekleidung erhalten. Blaue Latzhosen und eine Jacke, auf der groß draufsteht: HAB Eidelstedt - Hamburger Arbeits-Beschaffung Eidelstedt heißt das.“ Die Montur müsse sein, erklärt der Fallmanager der Bundesagentur für Arbeit, die mit 58 Milliarden Euro Jahresbudget rund fünf Millionen „Kunden“, wie die Erwerbslosen neuerdings heißen, verwaltet. Schließlich soll der Bürger draußen sofort merken, dass etwas geschieht. Aber was? Das ist noch unklar, wie vieles, Dialektik des modernen Sozialstaats eben. An die Ein-Euro-Jobber, die hier für ihren künftigen Einsatz üben sollen, werden jedenfalls dicke Monturen ausgegeben, obwohl sie in Innenräumen für den Ernstfall trainieren - „damit sie sich schon mal an Arbeitskleidung gewöhnen“. Gewöhnung ist überhaupt das A und O des Arbeitslebens, und deshalb rücken die Erwerbslosen im Alter von 40 bis 55 Jahren bereits um sechs Uhr früh an, zum Morgenappell. Jobs gibt es keine und auch nichts zu tun, was für irgend jemanden Sinn ergeben könnte. Stattdessen lässt der Fallmanager eine Gipswand aufstellen, die er von den potenziellen Ein-Euro-Jobbern mal in Blau, mal in Weiß streichen lässt, so lange, bis die dünne Platte die Farbe nicht mehr trägt. Eine Wand weiter üben sich Arbeitslose im Fliesenlegen - Kachel rauf, bis die Wand voll ist, Kachel runter, ratsch. Eine Frau schnipselt mit einem Teppichmesser Auslegeware klein, die Stückchen kommen in einen Müllsack. Am Ende des Tages gibt's zum Dank ein klein wenig Hoffnung. Möglicherweise, sagt der Fallmanager, gäbe es demnächst ein paar richtige Jobs. Vielleicht.

All das spielt, wie gesagt, nicht in einer Irrenanstalt, sondern in Deutschland. Viele im Arbeits-Trainings-Camp in Eidelstedt haben Kinder, die gute Chancen haben, demnächst eine ähnliche Maßnahme zu erhalten. Sie alle hier haben Familie, Freunde. Was kostet es, haben zu wollen, was es nicht mehr gibt? In Eidelstedt und anderswo ist der Preis klar: die Würde.

Aus: Der Lohn der Angst. Automation und Fortschritt, Wissensarbeit und Kapitalismus vernichten Arbeitsplätze. Und das ist gut so. Es geht nämlich auch anders. Text: Wolf Lotter. brand eins 7/2005

ist. Nur 3 Prozent materielles Wachstum pro Jahr würden ja in 10 Jahren 30% mehr Autos, Fernseher, Wohnungen usw. bedeuten, was ins Absurde führt. Je mehr die Arbeitsproduktivität eine Vollversorgung mit materiellen Gütern ermöglicht, um so deutlicher zeigt sich zugleich die Unterversorgung in einem Bereich, den man als die Sphäre der Beziehungsdienstleistungen bezeichnen kann. Hier nun allerdings greift das Prinzip der Rationalisierung nicht - ein Lehrer kann nicht schneller lehren, ein Pfleger nicht schneller pflegen, ohne die Qualität seiner Tätigkeit zu beschädigen. Die heutigen Versuche, diesen Bereich zu ökonomisieren, sind deshalb verheerend.

Die Lösung besteht vielmehr darin, sich über die gesellschaftlich notwendige Arbeit in diesen Bereichen assoziativ zu verständigen und für eine Einkommens- und Preisbildung zu sorgen, die es möglich macht, gerade in diesen real unterversorgten Bereichen der Gesellschaft unter menschenwürdigen Bedingungen tätig werden zu können. Das bedingungslose Grundeinkommen würde ein entscheidender Schritt in diese Richtung sein, der Kulturarbeit, Bildungsarbeit, Sozialarbeit ermöglichen würde. Es würde auch ermöglichen, dass Menschen sich selbst organisieren und Bildungszeit gewinnen könnten, um sich auf solche Arbeiten vorzubereiten, oder sich anderweitig fortbilden könnten. Grundeinkommen soll ja gerade Tätigkeit ermöglichen, die heute behindert ist, nicht Konsummentalität fördern, die nur das Gegenstück zur Erwerbsarbeitsmentalität ist. Die Arbeitsagentur könnte eine wichtige Rolle für die Vermittlung freigesetzter Arbeit in Tätigkeiten im Beziehungsdienstleistungsbereich leisten, wenn sie sich nur entsprechend wandeln, eine reine Hilfsfunktion übernehmen und sich aller bürokratischen Bevormundung enthalten würde.

Neue Wege im Gesundheitswesen*

Seit 1976 hat es in der BRD mehr als ein Dutzend „Gesundheitsreformen“ gegeben. Eine wirkliche Gesundung des Gesundheitswesens ist dadurch jedoch nicht eingetreten. Letztlich ging es häufig nur um Verlagerung von Kosten auf Ärzte und Patienten, wobei sich der Gesetzgeber auch noch manchen Schildbürgerstreich leistete (vgl. Kasten S. 15). Die Ärztestreiks haben gezeigt, wie unmittelbar Betroffene die Situation erleben. Dabei geht es nicht nur um Arbeitszeiten und Bezahlung, sondern vor allem um die immer mehr ausufernde Bürokratie und um den zunehmenden Zwang, therapeutische Gesichtspunkte betriebswirtschaftlichen unterzuordnen (verursacht z.B. durch das System der Fallpauschalen). In der öffentlichen Debatte wird häufig absichtsvoll mit Halbwahrheiten und Unwahrheiten, operiert, vor allem in Kostenfragen des Gesundheitswesens.**

* Hierzu referierten Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe

** Vgl. meinen Artikel „Vor einer neuen Reform des Gesundheitswesens“ und mein Interview mit Gert-Rainer Pater vom Paracelsus-Krankenhaus Bad Liebenzell-Unterlengenhardt, beides in: Sozialimpulse, Heft 1, März 2006.

Die neueste Gesundheitsreform sollte ein großer Wurf der Großen Koalition werden. Herausgekommen ist bei den Verhandlungen im Windschatten der Fußball-WM ein fauler Kompromiss, an dem einige der Politiker, die an seinem Zustandekommen beteiligt waren, bereits wieder herummäkeln und dessen Umsetzung erst einmal hinausgeschoben wurde. Das Herzstück des Ganzen, der Gesundheitsfonds, aus dem die Kassen hinfür für jeden Versicherten eine Pauschale erhalten sollen, ist von der Kritik nicht ausgenommen. Von der ursprünglichen Absicht, „Kosten des Gesundheitssystems künftig stärker durch Steuern zu finanzieren“, ist wenig mehr übrig geblieben als eine „vage Perspektive“, ein „ungedekelter Scheck“.^{***} Diese Absicht war im Prinzip sinnvoll, denn für die Krankenversicherung gilt, was die Finanzierungsprobleme angeht, das bereits über die Finanzierung der Sozialsysteme durch Lohnnebenkosten generell Gesagte.

Was die Pflegeversicherung angeht, so steuert diese auf einen Finanzierungsengpass zu. Seit Jahren sind die Ausgaben höher als die Einnahmen, man schätzt, dass die gegenwärtige Kapitalreserve von 3 Mrd. EUR 2008 aufgebraucht sein dürfte. Obwohl es auf der Hand liegt, dass ein Grundeinkommen die Möglichkeiten, pflegerisch tätig zu werden, enorm verbessern würde, sind maßgebliche Politiker auf einer gänzlich anderen Fährte und wollen das derzeitige Umlageverfahren auf ein kapitalgedecktes Verfahren umstellen.^{****}

Es ist also Zeit für Alternativen. Ein modernes Gesundheitswesen braucht „Therapiefreiheit, Methodenpluralismus und die Anerkennung der Mündigkeit des Patienten.“ „Der demokratische Staat hat das gleiche Recht jedes Menschen auf Zugang zu gesundheitlicher Versorgung zu gewährleisten.“ „Eine solidarische Finanzierung der notwendigen gesundheitlichen Versorgung muss dem Einzelnen durch Krankheit bedingte unzumutbare finanzielle Belastungen abnehmen.“^{*****} Und es ist Zeit, darüber nachzudenken, in welchem Verhältnis die Grundeinkommensidee zu den notwendigen Veränderungen im Gesundheitswesen steht.

Um diese Frage besser beantworten zu können, sei zunächst noch einmal allgemein auf das Grundeinkommen im Zusammenhang mit dem menschlichen Lebenslauf hingeblickt. In der Kindheit und Jugend beantwortet das Grundeinkommen die Frage, in welchem Maße die Gesellschaft für den jungen Menschen aufkommt. Das Grundeinkommen tritt zunächst als eine Art Erziehungsgeld auf, das seine Entwicklungsbedingungen verbessert. In der Phase des beruflichen Tätigseins bringt ein Grundeinkommen höhere Freiheitsgrade: der Zwang einer nicht selbstbestimmten Arbeit nachzugehen, mindert sich. Die allgemeinen Wechselfälle des Lebens verlieren ein Teil des an ihnen Bedrohlichen. Im Alter bildet das Grundeinkommen die Sockelrente. Dabei ist deutlich, dass letztlich die gesellschaftliche Akzeptanz

^{***} So Armin Käfer in der Stuttgarter Zeitung vom 12.9.2006 in seinem Kommentar „Entzaubertes Bündnis“.

^{****} Systemwechsel in der Pflegeversicherung. CSU-Papier sieht Systemwechsel in der Pflegeversicherung vor. Finanzratgeber 24, 02.06.2006, <http://www.finanzratgeber24.de/news/1cf2ee97d70878304.php>

^{*****} C. Strawe: Was sind Grundlagen eines solidarisch finanzierten modernen Gesundheitswesens? In: Sozialimpulse, Heft 1/März 2006.

derartiger Einkommensgarantien mit dem Menschenverständnis zusammenhängt: Verständnis für die sich entwickelnde Individualität ist das stärkste Motiv, alles für die Förderung des Menschen in der Kindheits- und Jugendphase tun zu wollen. Je mehr individuelles Schicksalsverständnis man hat, um so mehr wird man die Förderung einer selbstbestimmten Berufsbiografie jedes Menschen voll bejahen können. Und ein tieferes Sinnverständnis des Lebens über den Tod hinaus, bis hinein in die Fragen eines Reinkarnationsverständnisses, hilft, die Sicherung der alten Menschen voll mittragen zu wollen, - ohne irgendeine Art der Unwilligkeit zu entwickeln, wie sie sich in Schlagworten wie dem vom Methusalem-Komplot heute zeigt.

Im Gesundheitswesen sind diese Fragen des Menschenverständnisses besonders heikel. Denn bei Gesundheit und Krankheit bzw. Krankheitsverläufen spielt das Individuelle eine größere Rolle als bei anderen Fragen. Deshalb ist hier die Verführung zur Entsolidarisierung besonders groß, beispielsweise zur Einteilung der Menschen in unterschiedliche Risikoklassen.

Das Verständnis von Gesundheit und Krankheit ist eine Frage des individuellen Urteils, deshalb die Forderung nach Methodenpluralismus, voller Therapiefreiheit und Freiheit der Wahl von Arzt und Therapierichtung. Pluralität ist in die Sozialität gespiegelte Individualität. Ohne Pluralität erstirbt auch der Solidarwille.

Dieser Wille zum Mit-Tragen ist eben kein Gegensatz zur individuellen Verantwortlichkeit. Solidarität ist nicht Kollektivismus. Der Solidarausgleich im Bildungswesen z.B. muss eben nicht heißen, dass die Gemeinschaft die Inhalte der Bildung bestimmt, wie es vielfach noch geschieht. Es kann und sollte heißen, dass dem einzelnen die Finanzierung der Schule seiner Wahl durch einen entsprechenden zweckgebundenen Einkommensanteil ermöglicht wird (das Prinzip des Bildungsgutscheins, dass sich auch auf andere Bereiche übertragen lässt).

Die Frage der Solidarität ist notwendig zugleich die nach ihren Grenzen. Grenzbildung gehört zum Leben dazu. Auch beim Grundeinkommen ganz im allgemeinen müssen wir irgendwann bei einer Summe X landen, die die Grenze bildet. Und es wird immer Menschen geben, denen es zu wenig ist, auch wenn wir diese Grenzen bei 1.500 oder 2.000 EUR ansetzen. Die Frage ist, wie diese Grenze richtig gezogen wird. Heute geschieht dies in der Krankenversicherung häufig so, dass bestimmte Therapien nicht erstattet werden, weil sie z.B. den vom wissenschaftlichen Mainstream allein anerkannten Wirksamkeitsnachweisen nicht genügen oder nach gänzlich willkürlichen Kriterien wie der fehlenden Verschreibungspflichtigkeit von der Erstattung ausgegrenzt werden. Wir haben es heute mit einer verhängnisvollen Tendenz zu tun, Behandlungsmethoden verbindlich zu machen, die statistisch betrachtet, mit der größten Wahrscheinlichkeit wirken. Was aber dann, wenn gerade *dieser* individuelle Patient eine andere Therapie nötig hätte?

Im Gesundheitswesen können verschiedene Ebenen unterschieden werden, auf denen sich jeweils spezifische Antworten auf die Frage nach dem Solidarausgleich ergeben.

1. Allgemein gesunde Lebensführung: Gesundheit hat mit allgemeiner Lebensführung zu tun. Es wäre nun allerdings eine unbillige Forderung, dass deshalb alle Kosten der Lebensführung, die in irgendeinem weiteren Sinne mit der Gesundheit zu tun haben, durch das Grundeinkommen, also eine Solidarfinanzierung zu decken seien. Es sollte jedoch das allgemeine Grundeinkommen so bemessen sein, dass es einen angemessenen Betrag für Selbstmedikation, Gesundheitsvorsorge etc. enthält, der auch als solcher ausgewiesen sein könnte. Das Grundeinkommen, wenn es im Sinne eines Kulturminimums verstanden wird, muss einen Gestaltungsraum für Lebensverantwortung, und das heißt auch Gesundheitsverantwortung, geben. - Im übrigen würde ein Grundeinkommen mindestens zum Teil die heutige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ersetzen.

2. Bereich der Solidarbeziehungen: Das Grundeinkommen als solches deckt natürlich nicht alle Krankheitskosten ab. Deshalb muss es eine Versicherungspflicht auf diesem Gebiet geben, die verhindert, dass jemand schutzlos dasteht. Zugleich muss es möglich sein, freie Verantwortungsgemeinschaften von Versicherten zu bilden, also nicht auf bestimmte vom Staat vorgegebene Versicherungstypen festgelegt zu sein oder gar auf eine vom Staat begrenzte Zahl von Großkassen. Die Versicherungspflicht ersetzt also die bisherige Pflichtversicherung für „unselbstständig“ Arbeitende, die einen Verdienst erzielen, der unter der sogenannten Pflichtversicherungsgrenze von 3.825 EUR liegt. - Die Finanzierung durch den Sozialausgleich würde gleichzeitig dazu führen, dass auch die sogenannte Beitragsbemessungsgrenze (3.450 EUR) keine Rolle mehr spielen würde.

Schildbürgerstreiche

Aus einem Brief der anthroposophischen
Ärztin Dr. Dr. Lore Deggeller an
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

1. Problem: Kostenexplosion der Arzneien: Selbstverschuldet durch das Gesetz 2004. Beweis: Ausgaben 2003 sehr hoch, daher Gesetz nötig. Ausgaben 2004 enorm gesunken, da Gesetz greift. Ausgaben 2005 noch höher als 2003 ! Gesetz-Fehlschlag

Grund: Patienten und Ärzte sind inzwischen schlau geworden. Auch bei Bagatellfällen (80 % in der Praxis) wird jetzt Rezept auf Kasse verlangt; biologische (billigere) Arzneien sind nicht mehr rezeptierbar - also muss auf teure und meist unnötig verschreibungspflichtige Arzneien ausgewichen werden. Klare Logik.

Beispiele je 100 Tabletten:

- Depression: homöopath. EUR 31,90 (Jarsin) // chemisch EUR 76,- (Noveril)
- Klirnakterium: homöopath. EUR 9,- (Cimicifuga) // chemisch EUR 28,- (Presomen)
- Prostata: homöopath. EUR 38,70 (Prostagutt) // chemisch: EUR 70,50 (Doxazosin)

Aus dem Spar-Gesetz ohne Realitätsbewusstsein wurde also eine Kostenexplosion gemacht.

Einziger Ausweg: sofortige Zulassung biologischer Arzneien auf Rezept - zumindest als Test.

Das allgemeine Grundeinkommen müsste durch einen zweckgebundenen Betrag aufgestockt werden, der als Gesundheitspauschale direkt oder über einen Fonds den jeweils selbstgewählten Verantwortungsgemeinschaften bzw. Versicherungen zuflösse. Der Betrag muss hoch genug sein, um jedem eine hochwertige medizinische Versorgung zu sichern. Eine Größenordnung von 200 EUR dürfte nicht unrealistisch sein. Die genannten Verantwortungsgemeinschaften führen diese Beiträge als Guthaben ihrer Mitglieder, aus dem bezahlt wird, was ärztlich verordnet wird. Aus den nicht in Anspruch genommenen Anteilen können nicht ausreichende Guthaben anderer Mitglieder ergänzt werden. Für Großrisiken muss es eine Rückversicherung geben, hierzu wäre jede Versichertengemeinschaft gesetzlich verpflichtet. Reicht die Pauschale nicht aus, muss eine Verständigung über ergänzende Zahlungen innerhalb der jeweiligen Gruppierung oder ein gesellschaftlicher Konsens über die Erhöhung der Pauschale erzielt werden.

3. Bereich freiwilliger Solidarität: Hierhin gehören medizinische Leistungen, die jenseits einer Grenze der allgemeinen Solidarität liegen. Der einzelne muss entscheiden, ob er sie durch Teilnahme an einer freiwilligen Solidargemeinschaft absichert oder ob er sie gegebenenfalls aus seinem Einkommen bezahlen will. Das Einzelzimmer im Krankenhaus ist ein typischer und relativ unumstrittener Fall. Die Frage, was bei der Zahnbehandlung über die Regelversorgung hinausgeht, gehört hierhin, wobei die Abgrenzung natürlich unterschiedlich vorgenommen werden kann. Ob alle Menschen, auch diejenigen, die Organtransplantationen aus ethischen Gründen ablehnen, solche Transplantationen mit bezahlen müssen, kann man mindestens diskutieren.

Wichtig ist, dass für alle Menschen autonome Lösungen für ihre Krankenversicherung möglich sind. Das heißt, es müssen sich autonome Solidargemeinschaften bilden können! Ob eine Versichertengemeinschaft Heileurythmie oder rhythmische Massagen bezahlt oder nicht, geht den Staat nichts an, solange die Versicherten sich einig sind, mit der Pauschale zurechtkommen und die Rückversicherung gegeben ist. Je mehr Beteiligung der Betroffenen, um so weniger Missbrauch und Kontrollnotwendigkeiten. Selbstverwaltung ist letztlich auch diejenige Lösung, die die geringsten Kosten verursacht.

Was geschieht mit der Altersversorgung?*

Die Renten machen einen erheblichen Teil der Sozialkosten aus: Von den ca. 1,2 Billionen DM, die im Jahr 2000 für das „soziale Netz“ ausgegeben wurden, gingen 425 Millionen in die Rente. Dazu kamen noch 65,5 Millionen für die Pensionen der Beamten - von den Betriebsrenten soll hier einmal abgesehen werden.

Wenden wir uns dem Hauptbereich, der sogenannten Rentenversicherung zu. Der Begriff ist eigentlich irreführend, denn es handelt sich in Wahrheit gar nicht um eine Versicherung, sondern um einen „Generationenvertrag“:

* Zu diesem Thema referierten Harald Spehl und Udo Herrmannstorfer.

Diejenigen, die verdienen, finanzieren die Renten der nicht mehr Verdienenden und haben dafür Anspruch, im Alter von den dann Verdienenden mitgetragen zu werden. Wir zahlen für die ältere Generation von heute, die nächste Generation zahlt für uns. Es ist ein reines Umlageprinzip der Finanzierung.

Man hat dieses System nach dem Kriege nicht angetastet, weil Adenauer der Meinung war: Kinder haben die Leute immer. Dies erweist sich heute als Irrtum. Hinzu kommt, dass die Arbeitslosigkeit die Zahl der Verdienenden reduziert. Auch hat sich die durchschnittliche Dauer des Rentenbezugs von 9,9 Jahren im Jahr 1960 auf 16,9 Jahre in 2004 erhöht. Natürlich muss man auch die wachsende Produktivität mit ins Kalkül ziehen, um ein realistisches Bild zu gewinnen. Unbestreitbar ist jedoch, dass das System in einer tiefen Krise steckt und der Satz von Norbert Blüm: „Die Rente ist sicher“, heute wie Hohn wirkt. Das System beruht auf Grundlagen, die nicht mehr da sind - und so sucht man nach Auswegen.

Eine Zeitlang ging man den einfachen Weg: der politische Beschluss, die Renten nicht zu kürzen, wurde durch die Erhöhung des Bundeszuschusses umgesetzt. Das heißt ein wachsender Teil der Renten wurde aus Steuermitteln finanziert, wie es bei den Pensionen immer schon der Fall war.

Da dies langfristig nicht als Lösung gelten konnte, griff man zu anderen Maßnahmen. Man führte einen Nachhaltigkeits- bzw. Demografiefaktor in die Rentenformel ein. Das ist an und für sich nichts völlig Neues, denn immer schon aus der Dauer und Höhe der Einzahlungen der konkrete Rentenanspruch berechnet. Die Tendenz ist deutlich: Von 1991 bis 2005 haben sich die Renten zwar nominal erhöht, real - also unter Einberechnung der Kaufkraft - sind sie jedoch gesunken. Das relative Rentenniveau wird weiter sinken: Für den sogenannten „Eckrentner“, einen Durchschnittsverdiener mit 45 Beitragsjahren, betrug das Rentenniveau im Jahr 2005 52,7 % vom Nettolohn, für 2019 prognostiziert man 46,3%. Wir kommen immer mehr in Größenordnungen, wo man von der Rente schlicht nicht mehr leben kann.

Was also tun? Man verfiel auf die „Riester-Rente“, eine zweite Säule im Rentensystem. Sie wurde nicht wie in anderen Ländern, z.B. der Schweiz, obligatorisch gemacht, sondern die „private Altersversorgung“ wurde durch staatliche Prämien gefördert. Das bedeutet eine teilweise Verlagerung der Alterssicherung aus dem Solidarbereich in den Bereich des persönlichen Risikos. Was das bedeuten kann, lässt sich an den USA ablesen, wo viele Menschen mit dem Wertverlust von Aktien und Fondsanteilen ihre gesamte Alterssicherung verloren. Eine extreme Position vertritt hier die FDP, die eine individuelle private Alterssicherung propagiert. Die Frage, wo angesichts objektiver Wachstumsgrenzen, die Kapitalmasse angelegt werden soll, die entstünde, wenn sich die ganze Welt so versichert, bleibt dabei ebenso unbeantwortet wie die Frage, was mit der Alterssicherung bei einer großen Kapitalvernichtung geschieht, wie wir sie ja schon öfter erlebt haben.

Wie man auch im einzelnen zur kapitalgedeckten Rente stehen mag: sicher ist, dass es sich um eine Form des Einkommentransfers in die Zukunft handelt, dessen Funkzionieren an der zukünftigen Leistung der Ökonomie hängt.

Wem gibt man das Geld? Die Antwort auf diese Frage ist ein Verantwortungsproblem. Kann man wirklich die Alterssicherung auf Spekulation an den internationalen Finanzmärkten gründen? Ist gegenüber Renditeversprechungen, wie sie dort gemacht werden, nicht größte Skepsis am Platz? Denn jeder, der real wirtschaftet weiß doch, wie schwer es sein kann, mit realer Leistung auch nur 2 oder 3 Prozent Rendite zu erzielen.

Ein weiterer Ausweg besteht in der Anhebung des Renteneintrittsalters - auf 67 Jahre, wie von der Koalition jüngst beschlossen. Aber ist das eine Lösung? Theoretisch ja: Man könnte ja sogar noch weiter gehen und das Eintrittsalter auf 90 Jahre erhöhen und wir hätten fast keine Rentner mehr. Das Problem der Erwerbsarbeit im Alter: Man bekommt heute mit 50 schon keinen Arbeitsplatz mehr. Auch ist das heutige Renteneintrittsalter nur formal 65 Jahre, faktisch beträgt es 60 Jahre. Kurz: es handelt sich bei der Anhebung des Renteneintrittsalters um nichts anderes als um eine verkappte Rentenkürzung.

Auch weiteres Kurieren an Symptomen wird das bestehende System nicht dauerhaft stabilisieren: Ohne einen Paradigmenwechsel wird es nicht gehen! Und der heißt: wettbewerbsneutrale Finanzierung einer solidarischen Basissicherung im Alter durch eine bedingungsloses Grundeinkommen. Das bedeutet: es gibt keine Gruppen mehr, die nicht an der Finanzierung des Solidarsystems beteiligt sind, aber auch niemanden mehr, der nicht in den Genuss der Leistungen des Systems kommt.* Es bedeutet auch: Die solidarisch finanzierte Rente sichert das Kulturminimum, nicht mehr den jeweiligen Lebensstandard. Wer mehr absichern will, muss das individuell oder durch Zusammenschluss mit anderen zu einer Solidargemeinschaft tun. Bei einem Grundeinkommen von 1.000 EUR würde sich im übrigen die Mehrheit der Rentner besser stehen als heute. Übergangsregelungen sind denkbar, wie sie sich etwa aus Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ergeben könnten, das die Rente im heutigen System als eigentumsähnlichen Anspruch aus der Einzahlung bezeichnet hat, was unter Umständen zur Notwendigkeit von Sonderregelungen für die Übergangszeit bis zum Ableben der Besitzer solcher Berechtigungen führt.

Löhne wie Renten sind keine „Kosten“. Auch dieser Grundsatz gehört zum notwendigen Paradigmenwechsel. Denn es ist Aufgabe der Wirtschaft, die Einkommen aller Menschen zu erstellen. Es geht um die Neubestimmung des Gesamtteilungsverhältnis der wirtschaftlichen Wertschöpfung, unter Berücksichtigung der gewaltigen Produktivitätszuwächse der Ökonomie, die die demografischen Probleme ja relativieren.

Im Alter ist der Mensch am meisten auf den allgemeinen Anspruch auf „Grundeinkommen“ angewiesen. Hier substituiert es nicht einen Teil des Erwerbseinkommens, sondern ist Lebensgrundlage. Und während die Beanspruchung bei der Krankenversicherung individuell ganz verschieden ist, muss im Alter jeder ein Sockeleinkommen beanspruchen, das vom eigenen

* Auch im Mesosozialen zeigt sich, dass Probleme nur durch große Solidargemeinschaften zu lösen sind. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, die Probleme zu studieren, die der Waldorfsicherungsfonds in der Schweiz derzeit bewältigen muss. Die Schulbewegung schrumpft tendenziell, aber erworbene Ansprüche wachsen.

Leistungsbeitrag entkoppelt ist. Der Grundgedanke der Umlagefinanzierung ist also sachlich hier der einzig richtige: Die Tätigen finanzieren die nicht mehr Tätigen. Und zwar aus ihrem gegenwartsbezogen generierten Einkommen. Für die moderne Gesellschaft erfüllt diese Finanzierung die gleiche Funktion wie in früheren Zeiten die Einrichtung des „Altenteils“.

Für den Einkommenssockel im Alter ist es nicht wirklich sachgemäß, ihn vom Nettolohn, d.h. der Höhe der Einzahlungen abhängig zu machen. Es ist eben ein allgemeiner und nicht individuell differenzierter Anspruch. Die individuelle Differenzierung ist dagegen bei der Einzahlung angemessen: Wer ein hohes Einkommen hat, zahlt - über die Einkommenssteuer oder den höheren besteuerten Konsum - mehr als der, der wenig hat. Das ist beispielsweise in der Schweiz bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) bereits heute der Fall. Allerdings ist die Höhe von den Beitragsjahren abhängig.

Da man die maximale AHV-Rente als zu niedrig betrachtete, hat man in der Schweiz eine - obligatorische - zweite Säule geschaffen. Der Einzelne zahlt Geld auf ein Konto beim Unternehmen oder der Pensionskasse ein, das sein Eigentum als Sparer bleibt. Dieses Geld wird angelegt, das angesparte Geld wird mit Verzinsung bei der Rente angerechnet. 1986 wurde mit der zweiten Säule begonnen. Inzwischen sind dort 600 Mrd. SFR zusammengekommen, etwa das Doppelte des Bruttonationaleinkommens der Schweiz - Vermögen in der Hand der Arbeitnehmer!

Gewiss ist diese Form der Anlage diskreditiert durch zwielichtige Kapitalverhältnisse. Denn die notwendige Unterscheidung zwischen Unternehmensfinanzierung und „Pseudoinvestitionen“ an der Börse wird nicht mehr getroffen. Die Versprechungen derart arbeitender Pensionskassen sind im Grunde unseriös. Das Kapital an der Börse zinst sich nicht ab, gerät auf diese Weise in einen permanenten Wachstumszwang. Diese Wucherungen führen dann zu Katastrophen, bei denen abgeschrieben werden muss, was nicht bewusst im Sinne einer „organischen“ Geld- und Kapitalordnung gestaltet wurde. Man fragt nicht mehr nach dem Gesunden: der Sicherstellung der künftigen Leistungsfähigkeit der Ökonomie als der Quelle auch der Alterssicherung, sondern es geht um kurzfristige Gewinne. Nur einzelne Pensionskassen - wie z.B. die Pensionskasse für Unternehmen, Künstler und Freischaffende PUK - bei der immerhin heute auch bereits 200 Millionen SFR angesammelt sind -, versuchen andere Wege zu gehen.

Bei entsprechender Hinorientierung auf die künftige Leistungsfähigkeit der Ökonomie jedoch macht eine zweite Säule, die ein das Kulturminimum abdeckendes Grundeinkommen ergänzen würde, durchaus Sinn. Es würde eine Sozialdividende entstehen, im Sinne der Ausschüttung des zuvor durch die Kapitalansammlung veranlagten Reichtums. Es ist auch sinnvoll, die Bildung einer solchen zweiten Säule nicht einfach der privaten Entscheidung zu überlassen, sondern sie verbindlich zu machen (bei freier Wahl der Anlage). Denn der soziale Organismus braucht die Finanzierung der Zukunft, d.h. Kreditgeld - und das entsteht eben nicht durch das Umlageverfahren der ersten Säule. Bei allen Fragen

Erich Fromm: Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle

„Meines Erachtens kann man zeigen, dass der materielle Anreiz keineswegs das einzige Motiv ist, um zu arbeiten und sich anzustrengen. Erstens gibt es auch noch andere Motive - wie z. B. Stolz, soziale Anerkennung, Freude an der Arbeit selbst usw. An Beispielen hierfür fehlt es nicht. [...]

Ein zweites Argument dafür, daß der Mensch nicht nur aus materiellem Anreiz arbeiten und sich anstrengen will, ergibt sich aus der Tatsache, dass der Mensch unter den Folgen von Untätigkeit leidet und eben gerade nicht von Natur aus träge ist. Sicher würden viele Leute gerne für ein oder zwei Monate nicht arbeiten. Die allermeisten würden aber dringend darum bitten, arbeiten zu dürfen, selbst wenn sie nichts dafür bezahlt bekämen. Erkenntnisse über die kindliche Entwicklung und über Geisteskrankheiten liefern eine Fülle Daten hierfür. Es sollte unbedingt eine systematische Untersuchung gemacht werden, bei der alle verfügbaren Daten unter dem Aspekt ‚Trägheit als Krankheit‘ analysiert würden.

Wenn nun Geld nicht der Hauptanreiz ist, müsste doch die Arbeit in ihren technischen oder gesellschaftlichen Aspekten so attraktiv und interessant sein, dass man sie eher in Kauf nehmen würde als Untätigkeit. [...]

Quelle: www.archiv-grundeinkommen.de/fromm/Fromm-Grundeinkommen.htm. Vgl. auch die Anmerkung S. 11 ganz unten.

im Zusammenhang mit dem Grundeinkommen sind technische Antworten nicht ausreichend. Immer geht es um soziale Gestaltungsfragen.

Leisten für andere ohne Einkommenszwang?*

Die sozialen Verhältnisse haben immer mit dem Verhalten der Menschen zu tun, also auch mit den Motiven und Empfindungen, die dem Verhalten zugrunde liegen. Die sozialtechnische Veränderung von Strukturen greift zu kurz, man darf nicht von den Menschen abstrahieren.

Der Marktfundamentalismus hat sei Adam Smith gepredigt, nur das Selbstinteresse sei der Motor der Ökonomie. Nur durch das Wirken des Konkurrenzmechanismus, ohne Zutun eines sozialen Willens, könne der Egoismus in soziale Bahnen gelenkt werden. Gewiss ist der Egoismus ein notwendiger Durchgangspunkt in der Ichwerdung. Aber gerade in der Zeit, wo Individualisierung aufgipfelt, können wir nicht mehr darauf verzichten, nach dem anderen zu fragen. Die Moderne ist das Zeitalter der Individualisierung, aber auch das Zeitalter

* Hierzu referierten Udo Herrmannstorfer und Michael Ross.

einer Ökonomie, die durch Fremdversorgung, also nicht die Sorge um das Selbst, sondern die für den Anderen objektiv bestimmt ist. Nur sind viele unserer gesellschaftlichen Einrichtungen noch im Sinne der Selbstversorgung strukturiert. Das führt zu Widersprüchen, die heute aufgelöst werden müssen.

Durch die Produktivitätsentwicklung wird die lebendige Arbeit gleichsam aufgesaugt und ein menschenarbeitsfreier Raum entsteht. Dieser Prozess verläuft heute nicht in gesunder Weise. Einmal gibt es Bereiche, in denen wir fragen müssen, ob alle Rationalisierungsprozesse so wie sie heute verlaufen berechtigt sind. Das gilt vor allem für die Landwirtschaft, bei der die Industrialisierung zu weit gegangen ist und zu Qualitätsverlusten und Schädigungen der Erde geführt hat. Katastrophal auch die Polarität zwischen Bedrückung durch Arbeitsverlust bei den einen und Arbeitsüberlast in einer hektischer und hitziger werdenden Arbeitssphäre bei den anderen. Aber richtig gelenkt, bietet der Prozess der Produktivitätsentwicklung befreiende Perspektiven. Wir gewinnen gesellschaftliche freie Zeit, die genutzt werden kann für die Entwicklung des Einzelnen wie für die Arbeit auf neuen Tätigkeitsfeldern.

Aber diese befreienden Möglichkeiten werden nicht automatisch Wirklichkeit, auch nicht durch die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens. Wer sorgt dafür, dass dasjenige wirtschaftlich entsteht, dessen die Menschen bedürfen? Solange erst die Arbeit war und dann der Lohn, musste man sich darüber keine allzu großen Gedanken machen. Wenn wir Arbeit und Einkommen entkoppeln, werden wir mit der Motivfrage konfrontiert: was bewegt Menschen überhaupt, etwas zu tun? Freiheit, nicht wovon, aber wozu? - das Grundeinkommen stellt jeden vor diese Frage. Nicht weniger, sondern mehr Leistungsbereitschaft ist gefordert. In dem Maße, in dem der Erwerbsarbeitszwang aufhört, wird das Interesse am anderen Menschen zum entscheidenden Leistungsmotiv. Nicht jeder wird dieses Interesse im gleichen Maße aufbringen können, viele werden es erst allmählich entwickeln müssen. Dass die Einführung des Grundeinkommens zwangsläufig zu einer Konsumgesellschaft des totalen Hedonismus und der Unterhaltungssucht führen müsse, ist eine Unwahrheit. Dass es die Gefahr der Verstärkung einer konsumptiven Haltung bei vielen Menschen gibt, ist eine realistische Feststellung. Wer weiß sich selber ganz frei von der Neigung, den bequemeren Weg zu gehen? - Dem muss bewusst entgegengearbeitet werden. So führt das Grundeinkommen zu kulturellen Entwicklungsnotwendigkeiten. Die Konsummentalität selbst, die Bedürfnissphäre, wird sich nach und nach verwandeln müssen. Dass das Grundeinkommen kultureller Kreativität die einkommensmäßige Unterlage gibt, kann diese Entwicklung wieder erleichtern. Zugleich fordert das Grundeinkommen eine Pflege der Zusammenarbeitsverhältnisse. Wirtschaft ist füreinander-Tätigsein. In diesem Sinne müssen auch die Einrichtungen - Eigentumsformen, Kooperationsformen - usw. im Wirtschaftsleben sich wandeln. Es wäre fatal, wenn die Grundeinkommensidee als Rückzugs-idee aus der Ökonomie und nicht als Anstoß für ihre Veränderung und Vermenschlichung genommen würde.

Perspektiven und Handlungsrichtungen

Selbstverständlich: bis zur Umsetzung der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens in die Wirklichkeit ist es noch ein anstrengender Weg, auf dem viele - innere und äußere - Widerstände zu überwinden sein werden. Aber wenn die Idee „epidemisch“ wird (Götz Werner), wird sie letztlich nicht aufzuhalten sein, zumal die Probleme drückender werden und das Thema Arbeitslosigkeit nahezu jede Familie irgendwo mitbetrifft. Die entscheidenden Anstöße für die Verwirklichung müssen von der Öffentlichkeit, von der Zivilgesellschaft kommen. Jeder Verbündete sollte willkommen sein. Das Instrument der direkten Demokratie könnte die politische Umsetzung erleichtern.

Literatur

Götz W. Werner: Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen. Interviews und Reaktionen

Für jeden, der sich neu in die Thematik des bedingungslosen Grundeinkommens hineinfinden will, ist der Band ein Muss. Diejenigen, die sich schon länger für die Sache engagieren werden dankbar sein, so viele Texte in einem Bändchen versammelt zu sehen, auch wenn sie eine Reihe davon schon kennen. Der Preis ist so niedrig, dass sich das Buch auch zum Weitergeben geradezu anbietet. Man findet z.B. das berühmte Interview mit Götz Werner in brandeins, das vieles ins Rollen brachte, das Stern-Interview, ein gemeinsames Interview mit Benediktus Hardorp, von dem auch ein Artikel über Steuerreform enthalten ist. Ferner den Artikel „Lohn der Angst „aus brandeins (ein Auszug findet sich in diesem Heft S. 13). Interviews mit den Ökonomen Thomas Straubhaar und Wolfgang Eichhorn, außerdem Leserreaktionen. 128 Seiten, kartoniert, EUR 5,-, Verlag Freies Geistesleben Stuttgart, ISBN 3-7735-1789-7

Yannik Vanderborgt, Philippe van Parijs: Ein Grundeinkommen für alle?

Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags. Mit einem Nachwort von Claus Offe

Teil I „Eine neue Idee?“ behandelt Vorläufer, Vordenker, erste Debatten und jüngere Entwicklungen, darunter Umsetzungsversuche in verschiedenen Ländern. Teil II

thematisiert die Kriterien und die unterschiedlichen Ausformungsmöglichkeiten des Grundeinkommens und seiner Finanzierung. Teil III stellt die Gerechtigkeitsfrage und diskutiert die Effizienz der Grundeinkommensidee für die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit. Der letzte Teil beschäftigt sich mit der Zukunftsfähigkeit der Idee und fragt nach der Stellung der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte und politischen Parteien ihr gegenüber. Außerdem geht es um Übergangs- und Einstiegsformen. In seinem Nachwort geht Claus Offe auf die spezielle Situation in Deutschland ein. Literaturverzeichnis, Sach- und Personenregister runden das durch und durch gediegene Werk ab, das unverzichtbar für jeden ist, der sich mit der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens näher auseinandersetzen will. Van Parijs lehre politische Philosophie in Harvard und ökonomische und soziale Ethik an der Katholischen Universität

Das Grundeinkommen bringt nicht mehr, sondern weniger Staat!

Aus einem Artikel von Bernhard Steiner,
Das Goetheanum, Heft 29/30/2006.

Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens stößt auf großes Interesse. Sie weckt Hoffnung - aber auch Skepsis, auch bei Menschen die sich mit Rudolf Steiners Vorschlägen zur Dreigliederung des sozialen Organismus beschäftigt haben. Ihr Hauptvorwurf: das Grundeinkommen sei Symptombekämpfung und hätte nicht viel mit dem zu tun, worum es Steiner ging. Von einer staatlichen Lösung sei nichts Gutes zu erwarten. Bei näherem Hinsehen beruhen diese Einwände allerdings auf einem Missverständnis. Das Grundeinkommen bringt nicht mehr, sondern weniger Staat. [...] Auch heute findet die Trennung von Leistung und Existenzsicherung schon in weitem Umfang statt, aber unter dem Zeichen der Geldmacht und der zunehmenden Eingriffe des Staates. Die Idee des Grundeinkommens postuliert auch eine Trennung von Leistung und Einkommen, allerdings unter dem Zeichen der Gerechtigkeit - im Sinne der Gleichbehandlung aller. [...] Weil der Preis die entscheidende volkswirtschaftliche Größe ist, muss auch dort der Anteil für das Einkommen festgelegt werden. Mit dem über die Mehrwertsteuer finanzierten und bedingungslos ausbezahlten Grundeinkommen hätten wir genau dieses: dem Preis der Produkte wird ein der Allgemeinheit zukommender Einkommensanteil angefügt. Die ganze Palette staatlicher Entgleisungen (Bürokratie, Bevormundung, Ungerechtigkeiten) hätten wir nicht, wenn das Geld direkt von der Stelle, wo volkswirtschaftliche Werte geschaffen werden, - also dort wo Produkte mit Geld bezahlt werden -, zu jenen fließt, die das Geld gebrauchen, d.h. den einzelnen Individuen, bzw. ihrem Vormund im Falle Minderjähriger. [...] Und der Staat? Greift er dabei nicht ebenfalls ungebührlich in die Wirtschaftsprozesse ein? - Nein, denn er hat dabei nur auf die Einhaltung der Regeln zu achten - wie z. B. im Straßenverkehr. Fahre ich mit dem Auto, ist das noch lange kein „staatlicher Verkehrsbetrieb“, obwohl ich den Regeln der Verkehrsgesetzgebung unterliege und mit Sanktionen zu rechnen habe, wenn ich mich nicht daran halte. Auch das Grundeinkommen ist nicht staatlich, obwohl es der staatlichen Gesetzgebung mit ihren Sanktionen unterliegt. Diesen Punkt sollten jene beherzigen die das Grundeinkommen als politische Lösung ansehen.

Der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus macht Vorschläge für ein „solidarisches Bürgergeld“

Hohe Sockelarbeitslosigkeit, nicht mehr existenzsichernde Löhne im Niedriglohnbereich, demografische Entwicklung und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte, Sozialbürokratie und unzureichende Arbeitsanreize durch ALG II sind die Hauptgründe, die Althaus für seinen Vorschlag anführt.

Alle Bürger, die seit „mindestens zwei Jahren einen festen und ununterbrochenen Wohnsitz in Deutschland haben“ sollen daher - ohne Bedürftigkeitsprüfung - ein „solidarisches Bürgergeld“ bekommen.

„Jeder hat ab 18 Jahren Anspruch auf ein Solidarisches Bürgergeld in Höhe von 800 EUR, wenn er jeden Euro, den er zusätzlich einnimmt, zu 50 % versteuert. Bei einem Solidarischen Bürgergeld in Höhe von 400 EUR beträgt der Steuersatz für jeden Euro Einkommen 25 %.“* „Eltern erhalten für jedes ihrer Kinder bis zum 18. Lebensjahr jeweils 500 EUR Bürgergeld monatlich.“

„Vom Bürgergeld ist jeweils eine Gesundheitsprämie von 200 EUR an eine Kasse eigener Wahl abzuführen. Alle Kassen müssen ein solches Angebot der Standardabsicherung anbieten. Der Betrag darf nicht unter 200 EUR (Kopfpauschale) liegen, Beitragsrückerstattungen sind möglich.“

„Personen mit Behinderung oder Personen in besonderen Lebenslagen können einen individuellen, dann aber nicht mehr bedingungslosen Bürgergeldzuschlag beantragen.“ Die Rente wird durch einen leistungsbezogenen Rentenzuschlag von bis zu 600 EUR aufgestockt, für bereits erworbene Rentenansprüche ist ein Bestandsschutz vorgesehen.

Alle weiteren Sozialkosten entfallen: Althaus will das Sozialbudget mit seinem Vorschlag sogar senken: von 735 auf unter 600 Mrd. EUR. Skeptisch stimmen auch Überschrift und Tenor eines Interviews mit der Berliner Zeitung vom 11.9. 2006 „Die Einkommen durch Hartz IV sind zu hoch“ (!). Die Fixierung auf Erwerbsarbeit wird nicht wirklich aufgelöst: Die „Marktelemente des Arbeitsmarktes“ sollen stärker zur Geltung kommen. Wenig vertrauensbildend erscheint auch die Ankündigung, das Bürgergeld solle bei „Schwarzarbeit“ und „andere(n) Straftaten“ „durch Gutscheine für den Lebensunterhalt ersetzt“ werden können.

Weitere Einzelheiten

Das Bürgergeld soll von den Finanzämtern ausgezahlt werden, das Verfahren ist das der negativen Einkommenssteuer. Es kann beliebig hinzuverdient werden, wobei von jedem zusätzlich verdienten Euro 50 Cent als Lohnsteuer abgegeben werden müssen.

„Unter dem Strich bedeutet das: bis 1600 Euro im Monat bei Singles bleibt das Einkommen praktisch steuerfrei. Wer weniger verdient, bekommt vom Finanzamt sogar noch entsprechend Bürgergeld ausbezahlt.“

Ab 1600 Euro Einkommen aufwärts gibt es ein halbiertes Bürgergeld (400 Euro) in Verbindung mit einem halbierten Steuersatz (25 Prozent). Der gilt dann für alle gleichbleibend (wie eine so genannte flat tax).

Damit würden auch für Gutverdiener pauschal 25 Prozent Lohnsteuer fällig, allerdings schon ab dem ersten Euro - ohne die heutigen Freibeträge. Das halbierte Bürgergeld von 400 Euro würde mit der Steuerschuld verrechnet. Die durchschnittliche Steuerlast würde mit zunehmendem Einkommen steigen: bei 2.000 Euro unter dem Strich auf fünf Prozent, bei 5.000 Euro 17 Prozent und bei 40.000 Euro 24 Prozent - jeweils nach Einrechnung des Bürgergelds. Unter dem Strich sollen die Einnahmen ausreichen, um das Bürgergeld zu finanzieren.“**

Bürgergeld und bedarfsorientierter Bürgergeldzuschlag sollen durch die 50 bzw. 25%ige Einkommensteuer, die Zulagen zur Sicherstellung des Bestands- und Vertrauensschutzes durch eine 10%ige Lohnsummensteuer der Arbeitgeber finanziert werden. Alle sonstigen Sozialbeiträge fallen für die Arbeitgeber weg, die Arbeitnehmer zahlen überhaupt keine Sozialbeiträge mehr.

Die Frage nach der Zielrichtung

Michael Opielka stärkte in einem Interview mit der Ostthüringer Zeitung vom 30. August Althaus den Rücken: „Auch wenn ich persönlich ein anderes Modell befürworte, halte ich den Vorschlag für sehr überzeugend. Vor allem freut mich das Vertrauen des Ministerpräsidenten in die Menschen. Es ist richtig, einen Einkommensanspruch zu etablieren, der von der Teilhabe am Arbeitsmarkt unabhängig ist.“

Dabei kann er sich auf Sätze im Thesenpapier berufen wie: „Familienarbeit und ehrenamtliches Engagement“ würden „neben der Erwerbsarbeit als Arbeit anerkannt und mit dem Solidarischen Bürgergeld honoriert“.

In einer Erklärung des SprecherInnenkreises des Netzwerkes Grundeinkommen wird jedoch zwischen den Zeilen auch die Sorge deutlich, die Grundeinkommensidee könne verfälscht und zur Bemäntelung von Sozialabbau benutzt werden. Man muss Vorschläge, wie sie heute gemacht werden, auch auf ihre längerfristige Zielrichtung hin befragen, um sie wirklich beurteilen zu können.

Im übrigen spiegelt sich in den Vorschlägen von Dieter Althaus vor allem auch der wachsende Problemdruck, der nicht länger von der Politik ignoriert werden kann.

* Thesen zum solidarischen Bürgergeld. Zu finden auf den Internet-Seiten von Dieter Althaus, URL: http://www.d-althaus.de/fileadmin/PDF/Thesen-Solidarischen-B_rgergeld.pdf. Alle weiteren Zitate, soweit nichts anderes angegeben ist, sind aus diesem Papier entnommen.

** Stefan Reker : „800 Euro Bürgergeld für alle“, rp-online, 15.8. 2006. URL: <http://www.rp-online.de/public/article/nachrichten/politik/deutschland/347475>

Louvain. Vonderborght lehrt am gleichen Ort soziale Sicherung. Beide engagieren sich seit vielen Jahren im Basic Income Earth Network.

Campus Verlag, Frankfurt am Main 2005, ISBN 3593378892, Kartoniert, 167 Seiten, 14,90 EUR

Kai Ehlers: Grundeinkommen für Alle - Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft

Kai Ehlers befürwortet die Einführung eines Grundeinkommens für alle, bleibt aber nicht bei der Frage nach seiner Realisierung stehen. Vielmehr greift er weiter führende Entwicklungsimpulse auf, die aus einer Trennung von Erwerbsarbeit und Einkommen hervorgehen: neue Formen der Arbeitsteilung, neue Beziehungen zwischen individueller und gemeinschaftlicher Versorgung, neue Möglichkeiten der Selbstverwirklichung vor dem Hintergrund einer globalen ökologischen Verantwortung. Dieser Entwurf einer ‚integrierten Gesellschaft‘ zeigt die Impulse für ein Leben in selbst gewählten Gemeinschaften und eine produktive Selbstbestimmung des Einzelnen. So wird über die materielle Absicherung durch eine existenzielle Grundversorgung hinaus ein neues Verständnis von Staat und Gesellschaft entwickelt, die Freiheit, Gleichheit und Würde des Menschen gleichermaßen garantieren sollen.

Aus dem Vorwort: Es ist offensichtlich, dass ein gesellschaftlicher Paradigmenwechsel ansteht, der auf grundsätzlich neue Wege des menschlichen Zusammenlebens hinführt. Es ist vielleicht gut sich zu erinnern, dass viele tausend Jahre vergingen, bevor die Welt sich kapitalistisch organisierte. Der Sozialismus ist noch jünger, und kaum der Rede wert ist die Zeit der Versuche, den Kapitalismus in eine neuerliche Expansion überzuführen. Dies alles heißt: Es gab eine Welt vor dem Kapitalismus - und es gibt eine Welt danach. Es ist an der Zeit, sich dessen bewusst zu werden und daraus den Mut zur Neugestaltung zu finden. Aber die Vorstellung, eine anstehende Neugestaltung mit Gewalt erzwingen zu können, muss ebenfalls korrigiert werden. Die Französische Revolution und die große sozialistische Revolution in Russland einschließlich der darauf folgenden Kriege haben den Kapitalismus, entgegen ihres unmittelbaren Zieles, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beenden zu wollen, so weit entwickelt, dass er nunmehr seine vollen Kräfte entfaltet hat. Der Übergang in eine Gesellschaft neuen Typs ist möglich, aber bei weiterer ungebremster Expansion drohen Zerstörungen des ökologischen Gleichgewichtes von globalen Ausmaßen und unwiderruflichem Charakter. Der nächste Schritt der gesellschaftlichen Entwicklung kann und muss sich daher nicht mehr durch eine gewaltsame Revolution und durch weitere Weltkriege vollziehen, sondern durch deren Verhinderung. Es gibt nichts mehr, was mit expansiven und gewaltsamen Mitteln zu entwickeln wäre. Eine weitere gewaltsame Expansion kann nur zur Selbstzerstörung des Kapitals

führen, insofern sie die ökologische Balance der Erde aus dem Gleichgewicht bringt. Die Zukunft der Menschheit hängt davon ab, dass das Kapital als vom Menschen geschaffene künstliche Ressource bewusst in das globale ökologische Gleichgewicht eingebettet wird. Das schließt Wiederholungen gewaltsamer Umwälzungen bei Strafe des Untergangs der Menschheit oder ihres Rückfalls auf vorzivilisatorische Zustände aus. Umgekehrt kann der richtige, intensive Einsatz des Kapitals die globale Entwicklung ohne jegliche Anwendung von Gewalt in eine nächste Phase der Evolution katapultieren. ...

Kai Ehlers wurde 1944 in Brüx bei Prag geboren. Studium der Germanistik, Publizistik und Theaterwissenschaft in Göttingen und Berlin, bevor er im Zuge der 68er-Bewegung in die journalistische und politische Praxis ging. 1992 Mitbegründer des Vereins «Nowostroika», der sich die Förderung des Ost-West-Dialogs und die Unterstützung selbstbestimmter Initiativen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zur Aufgabe macht. Heute ist Kai Ehlers als Buchautor, Presse- und Rundfunkpublizist tätig und veranstaltet Vorträge, Seminare und Workshops.

Aus einer Erklärung des SprecherInnenkreises des Netzwerkes Grundeinkommen vom 12. September 2006

In letzter Zeit hat das Thema Grundeinkommen eine große Aufmerksamkeit gefunden. Dabei werden unterschiedliche politische Zielsetzungen und Vorstellungen mit dem Grundeinkommen verbunden. Die Mitglieder des Netzwerkes Grundeinkommen verstehen unter einem Grundeinkommen ein vom politischen Gemeinwesen ohne eine Bedürftigkeitsprüfung und ohne einen Arbeitszwang ausgezahltes, individuell garantiertes, die Existenz sicherndes und die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichendes Einkommen für alle. Diese Definition des Grundeinkommens hat sich auch in der politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit durchgesetzt.

Transferleistungen, die diesen Kriterien nicht entsprechen, etwa weil sie weder die Existenz sichern noch die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, sind keine Grundeinkommen. Sie sind nicht bedingungslos. Denn sie würden aufgrund der Existenznot und der fehlenden Absicherung gesellschaftlicher Teilhabe Erwerbsarbeit erzwingen und der Ausweitung von Niedrig(st)löhnen Vorschub leisten. Sie würden als flächendeckende Kombilöhne, also als Kombination von niedrigen Transfers und Niedrig(st)löhnen, wirken. Eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen könnte durch solche Transferleistungen nicht erreicht werden. Dagegen hat das Grundeinkommen eben diese Entkopplung zum Ziel. Es soll die Lebenssituation der Erwerbslosen verbessern, die Verhandlungssituation der Erwerbstätigen und die Freiheit der Menschen stärken. Wir erteilen den Versuchen, den Namen „Grundeinkommen“ für andere gesellschaftspolitische Ziele und als Feigenblatt für die weitere Demontage des Sozialstaates zu missbrauchen, eine entschiedene Absage.

Ronald Blaschke, Katja Kipping, Katrin Mohr, Günter Sölken, Robert Ulmer, Birgit Zenker